

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsstelle: Tagesblatt Riesa,  
Bismarckstr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und der  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Verlagsort: Dresden 188  
Bismarckstr. 20.

Nr. 18.

Dienstag, 22 Januar 1924, abends

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 12.—31. Januar 1924 2.20 M. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Druckerschrift-Zeile (6 Bilden) 25 Gold-Münzen; die 20 mm breite Zeile 100 Gold-Münzen; werbende und tabellarische 50%, Aufschlag. Beste Tarife, Ermäßigter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe stangenweise oder über sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Trucker, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Auszahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Dr. Schacht vor dem Sachverständigenausschuß.

Paris. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Regierungsrat Dr. Meyer von der Reparationskommission sind gestern nachmittag vom ersten Sachverständigenausschuß zu offiziellen Besprechungen empfangen worden. In der um 3 Uhr sich anschließenden offiziellen Sitzung wurde den deutschen Vertretern der Fragebogen des Ausschusses vorgelegt. Der Reichsbankpräsident gab zunächst in weitläufigen zusammenhängenden Ausführungen und daran anschließend auf einzelne Fragen der Ausschusmitglieder Auskunft über die mit der Sanierung der deutschen Währung in Verbindung stehenden Fragen, insbesondere über seinen Plan einer deutschen Goldwährungsreform. Die Sitzung war gegen 6 Uhr zu Ende. Dr. Schacht und Dr. Meyer werden heute vormittags 10 Uhr vom zweiten Sachverständigenausschuß (deutsche Auslandsaufgaben) gehört werden, der gestern seine Arbeiten aufgenommen hat. In dieser Sitzung wird den deutschen Vertretern auch mitgeteilt werden, ob der erste Ausschuss sie nochmals zu hören wünscht.

Paris. Der zweite Sachverständigenausschuß hat in seiner Nachmittagsitzung, die von 3 bis 5.30 Uhr dauerte, einen allgemeinen Meinungsäusserung über seine Aufgaben geäußert und beschlossen, die Anwesenheit Dr. Schachts in Paris zu beantragen, um von ihm Erläuterungen über die deutsche Auslandsaufgabe und die Möglichkeit ihrer Durchführung entgegenzunehmen. Der Agence Havas zufolge hat Dr. Schacht diese Fragen bereits in einem Sachverständigenausschuß geteilt durch einen Hinweis darauf, daß die Einleitung der von ihm geplanten deutschen Goldwährungsreform die Durchführung begünstigen werde. Dr. Schacht hat, wie Havas mitteilt, nach Schluß der gestrigen Sitzung des ersten Ausschusses Journalisten erklärt, er habe sich verpflichtet, über die Sitzung Stillschweigen zu bewahren, und er werde sein Wort halten. Er könne nicht einmal etwas über seinen Eindruck mitteilen. Im übrigen liege es auch näher, die Mitglieder des Sachverständigenausschusses um ihren Eindruck zu befragen. Alles, was er sagen könne, sei, daß er noch einige Tage in Paris bleiben und heute vom zweiten Ausschuss gehört werden werde, um sich über die deutsche Kapitalausfuhr auszusprechen.

Die Eröffnung des zweiten Sachverständigenausschusses. Paris. Der Vorsitzende der Reparationskommission Barthou erklärte in seiner Begrüßungsansprache an die Mitglieder des zweiten Sachverständigenausschusses, der gestern vormittags um 11 Uhr in Paris zusammengetreten ist: Das Problem der deutschen Kapitalflucht läßt sich mit größerer Bestimmtheit stellen, als lösen. Es ist unmöglich, seine Unterdrückung zu vermeiden. Die deutsche Regierung hat eine Reihe legislativer und administrativer Maßnahmen getroffen, um sie einzudämmen. Diese sind leider unvollständig geblieben. Die Reparationskommission ist nicht der Auffassung, es ist von Deutschen im Auslande in Form von Depots, von Beteiligungen an bestehenden Geschäften und von Holdings ein beträchtliches Kapital gebildet worden, das die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in Mitleidenschaft zieht und dadurch auch seine Zahlungsfähigkeit beeinträchtigt. Wäre dies Kapital abzuführen? Wäre es sich zurückzuführen? Der hervorragende englische Sachverständige Mac Kenna schäufte im Dezember 1922 die auf diese Weise nach dem Auslande abgemanderten deutschen Kapitalien auf keinen geringeren Betrag als eine Milliarde Dollar. Es wird ihre Rückgabe sein, die Art der Verwendung der in Frage stehenden Beträge und die zur Vorbereitung ihrer Rücklieferung geeigneten Methoden ausfindig zu machen. Es ist zu hoffen, daß sie von der deutschen Regierung unterstützt werden, deren berufliche Vertreter zum wiederholten Male erklärt haben, daß ein Versuch zur Rücklieferung der deutschen Auslandskapitalien an Gläubiger und Schuldner ihre aktive Unterstützung finden würde. Zwischen den beiden Sachverständigenkomitees gibt es keine strenge Unterscheidung. Es ist vielmehr notwendig, daß sie einander kennen, unterstützen und zusammenarbeiten. Haben sie nicht die Aufgabe, auf verschiedenen Wegen zum gleichen Ziele zu gelangen: die finanzielle Wiederherstellung Deutschlands, die die erste Voraussetzung für die Erfüllung seiner Verpflichtungen ist? Darauf übertrug Barthou dem englischen Sachverständigen

Mac Kenna den Vorsitz des Ausschusses. In seiner Antwort auf die Ansprache Barthous entschuldigte sich der englische Delegierte Mac Kenna, seine Rede nicht vorbereitet zu haben, weil seine zu verlässliche Ankunft ihm keine Zeit dazu gelassen habe. Auf alle Fälle könne er nichts Besseres tun, als die Worte bekräftigen, sich sogar zu eigen zu machen, die vor acht Tagen General Dawes gesprochen habe. Mac Kenna hat den ihm angebotenen Vorsitz des Komitees angenommen.

## Das Kabinett Baldwin geschlagen.

London. Das Kabinett Baldwin ist kurz vor Mitternacht in der Abstimmung im Unterhause über das Amendement der Arbeiterpartei geschlagen worden. Das Stimmenergebnis ist 225 zu 256.

London. Im Unterhause wurde nach Erledigung von Anfragen die Debatte über den Mißtrauensantrag von dem liberalen Führer Sir John Simon aufgenommen. Er kritisierte die Regierung, weil sie nicht unverzüglich nach den Wahlen zurückgetreten sei. Das Land brauche vor allen Dingen die Beseitigung einer Regierung, die eingeknickt habe, daß sie ein wichtiges Problem nicht fähig sei zu behandeln könne, und ihre Ersetzung durch Leute, die auf jeden Fall hoffen, daß sie es könnten. Die Wählererschaft habe gleich-

maßen die wilden Experimente des Schacht als auch des Sozialismus verworfen; es sei jedoch eine große Mehrheit von Stimmen vorhanden zu Gunsten der Politik in auswärtigen und inneren Angelegenheiten, die billigerweise als gemeinsames Gut der Liberalen und der Arbeiterpartei bezeichnet werden müsse. Außen Chamberlain, der die Rede Simons scharf kritisierte, erklärte, bei der nächsten Wahl werde das Land sich entweder für die Arbeiterpartei oder für die Konservativen aussprechen. Ramsay MacDonald führte aus, die äußere Lage habe sich infolge des voraussichtlichen Rentenwechsels geändert. Pflicht der Arbeiterpartei sei es gewesen, die Regierung bei erster Gelegenheit anzuklagen und ein Urteil über sie zu verlangen.

## Vor schwierigen Aufgaben.

Die vor der Regierungsaufnahme stehende englische Arbeiterpartei sieht sich nicht nur im großen einem Aufgabenfeld gegenüber, wie es nur selten einer im Amt kommenden englischen Regierung vorzeseht worden ist, auch im einzelnen begannen sich drinnen wie draußen die allgemeinen Wirren und Verwicklungen zu Anforderungen an unmittelbare Entscheidungen und schnelles Handeln auszuwirken. Es fehlt deshalb im Inlande wie im Auslande nicht an Stimmen, die beweisen, ob die praktisch so aut wie gar nicht gekulten und immerhin mit einem starken Ballast von Programmforderungen belasteten neuen Männer den augenblicklichen Verhältnissen gewachsen sein werden. Man redet sogar bereits verschiedentlich aus den angegebenen Gründen von der angeblich nur kurzen Lebensdauer einer Arbeiterregierung, auf deren Schelten jedoch wiederum Wahlen oder eine Lloyd George-Regierung in der Form einer neuen liberal-konservativen Koalition erfolgen werde. Zunächst einmal ist der plöcklich und im beträchtlichen Umfang ausgedehnte Eisenbahnerstreik gerade im gegenwärtigen Augenblick eine nicht gerade vertrauens-erweckende Vorleistung der Arbeiterpartei. Die Gewerkschaften sehen zwar, ähnlich wie letzterzeit in Deutschland, den Streik ab, aber die 60 000 Mitglieder zählende Vereinigung der Lokomotivführer und Heizer will anstandslos der vorgeschlagenen Lohnverfugung nichts von einem Vermittlungsvorschläge wissen, den auch Macdonald selbst unterstützt hat. Das im Hinblick auf Sozialismus und Bolschewismus sehr mißtrauische große Publikum in England dürfte in seinen Stimmungsaenderungen die Ansicht der Liberalen, eine Regierungsbildung der Arbeiterpartei zu ermöglichen, wenn auch nicht gerade unstimmen, so doch sichtlich beeinflussen. Vom Standpunkt der Eisenbahner aus ist die Haltung des radikalen Verbandes nur aus der Absicht zu erklären, die Arbeiterführer gleich von vornherein nachdrücklich an ihre Eigenschaft als Klassenvertreter zu erinnern.

Wahrscheinlich hat sich der die gesamte Politik beherrschende Gegenpol zu Frankreich akut in der schließlichen Frage sowie in der Blockierung der englischen Vorkommnisse gezeigt. Generalkonjunkt Elbow ist zur persönlichen Vertretung nach London gereist und die Tendenz seines Berichtes dürfte nach seinen Feststellungen und Versicherungen nicht zweifelhaft sein. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß Frankreich die offene, wenn natürlich auch abgelehnte Unterstützung der Separatisten zu einer Anerkennungsforderung dieser autonomen Regierung gegenüber in der Rheinlandkommission verdrängen wird. Immerhin muß und wird die englische Regierung, mag sie heute Baldwin und morgen Macdonald heißen, wissen, daß von einer formalen Ablehnung durch Frankreich bis zur tatsächlichen Deckung vertragsschließender Zustände in der Welt noch ein weiter Weg ist. Mit den Mitteln der politischen Ideologie ist Frankreich gegenüber nichts zu erreichen. Die Blockade der englischen Zone bedeutet eine noch größere und unmittelbare Herausforderung des angeblichen Verbündeten. Wäre barte man in England sich über die sehr beschwerlichen Verkehrsbedingungen mit der Auffassung hinwegzusetzen versucht, als ob die Eisenbahner aus technischer Unbeholfenheit das Röhren Gebiet dezentriert habe. Diese Auffassung ist jetzt endgültig fallen gelassen worden. Die englische Verke fürcht schon von „offener Blockade“ und von einer „Kriegserklärung“ Frankreich an England. Besonders verstimmt hat es, daß auch Belgien diese als Voraussetzung empfindenden Maßnahmen unterstützt hat. Baldwin wird persönlich nicht gerade traurig darüber sein, daß er alle diese heißen Dinge den neuen Männern übergeben kann.

## Lohnabbaubestrebungen.

London. In den Gewerkschaften aller Richtungen ist eine Abwehrbewegung im Gange, gegen Vorkommnisse des Reichsfinanzministeriums auf Lohnabbau, die durch die Veröffentlichung eines vertraulichen Schreibens des Reichsfinanzministeriums an das Arbeitsministerium bekannt geworden sind. In diesem Schreiben betont Staatssekretär v. Schlieffen unter Berufung auf die Angaben verschiedener Arbeitgeberverbände die Notwendigkeit, daß auch der Privatwirtschaft durch eine der allgemeinen Notlage angepaßte Lohnpolitik der Abbau der Warenpreise ermöglicht wird. An den erzieherischen Gehaltsfragen der Staatsbediensteten müsse bei der Finanznot des Reiches festgehalten werden. Die bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Verwaltungen vorhandene Mißstimmung würde aber neuen Boden gewinnen, wenn die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft in steigendem Maße eine unverhältnismäßig höhere Bezahlung erhalten würden, als diejenigen des Reiches. Ich spreche daher die Bitte aus, so heißt es in dem Schreiben, von dort aus dahin wirken zu wollen, daß die Schlichtungsausschüsse bei ihrer Tätigkeit auf die geänderte Gesamt-

lage Rücksicht nehmen. Falls dort der Standpunkt vertreten wird, daß ein solcher Schritt nicht zu dem gewünschten Erfolg führen kann, darf ich mir die Anregung erlauben, ob es nicht notwendig wäre, durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu erlassende Verordnung die Zurückhaltung der geschlichen Schlichtungsausschüsse dahin einzuschränken, daß über die Löhne und Gehaltsätze des Reiches nicht, oder nur unter besonderen Voraussetzungen, hinausgegangen werden darf.

Von maßgebender Stelle wird der Inhalt dieses Briefes dahin erläutert, daß der Finanzminister keineswegs einen Lohnabbau verlange, sondern er geht von der Erwägung aus, daß die Schlichtungsausschüsse nicht, vermöge der Verbindlichkeitsklärung mit Staatsgewalt durchgeführt werden können, wenn sie Angehörte und Arbeiter günstiger stellen, als die nichtbeamteten Arbeitnehmer des Reiches gestellt sind. Der Finanzminister geht von dem Grund aus, daß es besser sei, als durch Lohnverhöhnungen wieder eine Steigerung der Preise hervorzurufen, die Lebenshaltungskosten zu senken und dadurch eine Steigerung des Reallohnens der Arbeitnehmer zu erreichen. Die Arbeitnehmer des Reiches haben sich ihre jetzigen Bezüge gefallen lassen, weil sie auf diese Weise eine Grundana ihrer Verhältnisse erschaffen. Bei dem früheren System hätte eine Preissteigerung nicht erreicht werden können. Die Staatsgewalt darf jedenfalls nicht zugunsten anderer Arbeitnehmer in härterem Maße herangezogen werden, als für die eigenen Arbeitnehmer des Reiches. Der Staat müsse für seine eigenen Arbeiter ebenso eintreten, wie für die Arbeitnehmer der Privatbetriebe. — Von den Gewerkschaften wird dagegen eine Bekämpfung des gesamten geschlichen Schlichtungswesens befristet, wenn die Schlichtungsausschüsse sich an die niedrigen amtlichen Besoldungsätze halten müssen, die nur als vorübergehende Notstandsmassnahme gedacht worden waren.

## Die Antwort des Reichsarbeitsministers auf das Schreiben des Reichsfinanzministers.

Berlin. Auf das Schreiben des Reichsfinanzministers hat der Reichsarbeitsminister, wie die Z.-N. erfährt, eine Antwort erteilt, in der es unter anderem heißt: Von dem Inhalt ihres Schreibens vom 14. Januar habe ich Kenntnis genommen. Ich verkenne keineswegs die Bedeutung der Lohn- und Gehaltsabgaben des Reiches und der Länder. Für die gesamte Lohngestaltung des Reiches und der Länder ist die gesamte Lohngestaltung gleichwohl nicht es nicht für möglich, einen allgemeinen Grundplan des Inhalts anzustellen, daß die Löhne und Gehälter der Privatindustrie über die Zahlungen der Länder künstlich nicht hinausgehen dürfen. Für völlig ausgeschlossen erachte ich es, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes den Schlichtungsausschüssen Grenzen für die von ihnen vorzuschlagenden Vorschläge vorzuschreiben. Ich lege die große Bedeutung der Schlichtungsausschüsse und die starke Wursel ihrer Autorität gerade in der Freiheit und Selbständigkeit ihrer sachlichen Stellungnahme. Die Schlichtungsausschüsse hat meines Erachtens nicht die Aufgabe, eine behördliche als mündigenwert anerkannte Lohngestaltung anzugeben, sondern den Beteiligten bei der von ihnen selbst unter eigener Verantwortung vorzunehmenden tariflichen Regelung ihrer Arbeitsbedingungen behilflich zu sein. Die Schlichtungsausschüsse kommen im übrigen durch Abstimmung der Beteiligten zu Stande und es ist nicht verständlich, wie die Vorgesetzten einer, den Vorschlag des Reichsfinanzministeriums entsprechenden Stimmenabgabe gebracht werden sollten. Ich werde nach wie vor bemüht sein, auf eine einseitliche, den Interessen der Gesamtheit Rechnung tragende Lohnpolitik hinzuwirken und den Schlichtungsausschüssen das erforderliche Material für die richtige Beurteilung der Gesamtlage anzuhelfen lassen, halte aber eine Bindung der Schlichtungsausschüsse durch eine Art Sperrgesetz für unvereinbar mit der Freiheit des Tarifvertrages und der Eigenart des Schlichtungswesens.

## Der englische Eisenbahnerstreik.

London. Im Mittelpunkt des Interesses steht der Streik der Lokomotivführer und Heizer. Laut Daily Chronicle werden fast 60 000 Eisenbahner unmittelbar davon betroffen. Der Vorsitzende des streikenden Verbandes erklärte in einer Rede, der Ausnahmewort vieler zwei Wochen dauern. Westminster Gazette zufolge wird offiziell mitgeteilt, daß in zahlreichen Bezirken die Mitglieder des Nationalverbandes der Eisenbahner ihrer Absicht Ausdruck verleihen hätten, die Arbeit einzustellen, falls sich nicht mit wenigen Ausnahmen den ausländischen Mitgliedern des Lokomotivführerverbandes während der Nacht noch nicht angeschlossen.

Die Blätter tadeln im allgemeinen ohne Unterschied der Partei den Streik. Einige erklären, er werde vielleicht einen dauerlichen Einfluß auf die Ausichten der Arbeiterregierung bei Beginn ihrer Landbahn haben.

London. Neuter meldet: Die Zeitung des Eisenbahnerfreies hofft, daß der Ausnahmewort bald allgemein sein wird. Es wird auch berichtet, daß Mitglieder der Gewerkschaft von Thomas sich dem Streik angeschlossen hätten, was u. a. in Warrington und teilweise in Crewe der Fall ist. Am wenigsten in Mitleidenschaft gezogen ist der Betrieb der London-Midland-Schottland-Eisenbahngesellschaft, die 70 Prozent des normalen Dienstes aufrecht zu erhalten gedenkt. In welchem Grade die Leute von Thomas die Streikenden unterstützen werden, wird sich erst später zeigen; man hält ihre Haltung für entscheidend. In einer Versammlung der Streikenden wurde Thomas mit dem Rufe „Verräter“ bekräftigt.

# Deutsches und Sächsisches.

Miela, den 22. Januar 1924.

**Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn.** Bei der Berechnung des 10%igen Lohnabzugs ist der volle Arbeitslohn des steuerpflichtigen Arbeitnehmers abzüglich des Werbungskostenpauschalabzugs (des sog. steuerfreien Lohnbetrags) zu Grunde zu legen. Nach diesem verbleibenden Betrag ist auch die 1%ige Ermäßigung des Lohnabzugs für jeden hierbei in Betracht kommenden Angehörigen des steuerpflichtigen Lohnnehmers, jedoch nicht abzüglich des Werbungskostenpauschalabzugs, so sind statt 10 v. H. 7 v. H. des um den steuerfreien Lohnbteil von 50 M. monatlich verbleibenden Arbeitslohns als Steuerabzug inneweibhalten, nämlich monatlich 7 M. Unrichtig ist es dagegen, wenn die 1%ige Ermäßigung für jeden Angehörigen vom vollen Arbeitslohn, im obigen Beispiele also von 150 M. berechnet wird, jedoch dann nur ein Lohnsteuerbetrag von 5,50 (10 M. - 4,50 M.) verbleiben würde. Soweit Arbeitgeber den Steuerabzug in dieser unrichtigen Weise berechnet haben, tun sie gut, wenn sie die Berechnungen umgehend berichtigen und die etwa zu wenig inneweibhaltenen Steuerabzugsbeträge den Finanzämtern zuführen. Andernfalls würden sie sich der Bestrafung wegen Steuerhinterziehung aussetzen.

**Polizeibericht.** In der Nacht zum 13. d. M. sind in dieser Stadt nachfolgende Einbrüche beobachtet worden: Veruntreuung von Nachschlüsselbesitz ausgeführt worden: Goethestr. 73 aus einer Vorratskammer 15 Brotweiche und 10 Stück Butter, 6 Flaschen Sekt, 17 Flaschen Wein, 10 Flaschen Fellenberg und 1 Flasche Staller Klosterbier und Vauflinger Straße 10 aus der Küche bezw. Gans für eine Perrenemontur mit goldenem Band mit einer feingliedrigen goldenen Vauflinger, 1 Trauring mit Gravierung „21. 6. 96“, eine braune Lederbrieftasche mit reichlich 3 Mark Bargeld, ein Wohnungsschlüssel, eine neue braune Aktentasche, eine Thermosflasche. — In der Erdgeschosswohnung Köpferstr. 1 und in einem Laden Vauflinger Straße 5 ist es beim Versuch geblieben. In ersterem von den beiden Fällen ist der Täter durch Erwachen der Bewohner gegen 1/1 Uhr geflüchtet worden und geflüchtet. Goethestraße 73 ist an der Kathede eine hellbraune, aus mehreren Stücken vom Sattler zusammengeklebte Aktentasche, eine Thermosflasche und ein 22 mm breites Stimmgabeln aus Holz geflochten worden. Um Mitteilung sachdienlicher Angaben bittet der Kriminalpolizei.

**Die Sagen von Meilen und Trachen der Bergzeit** haben schon von jeher unsere Gemüter in Spannung gehalten. Daß diese Meilen in Wirklichkeit existierten, daß sie tatsächlich einmal unter heuligen Wäldern bestanden, dürfte manchem neu sein. In diese gigantischen Urwelt der grauen Bergzeit werden durch Wort und Bild die Besucher des Abends geführt, der morgen Mittwoch im „Hotel zum Stern“ vom naturwissenschaftlichen Theater „Urania“ veranstaltet wird. (Siehe Anzeiger.)

**Handel- und Gewerbetreibende von Stadt und Land** seien nochmals auf die morgigen Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, in der „Alteierstraße“ stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht. Landratsabgeordneter Schmidt-Blauen spricht über: „Die überhandnehmende Verelendung der Bevölkerung seitens der Industrie“ und andere den gewerblichen Mittelstand betreffende Fragen.

**Geringe Erhöhung der Zeitarbeitspreise.** Als die Personalarbeiter mit dem 1. November 1923 auf Goldmark umgestellt wurden, waren Gehälter und Löhne noch nicht auf Goldmarkbasis aufgebaut. Um dem Wirtschaftslieben Zeit zu lassen, sich auf die Goldrechnung umzustellen, waren die Preise für Zeitarbeiter, Arbeiter, Handwerker und Schülerfahrern vorübergehend um 50 Prozent ermäßigt worden. Nachdem nunmehr der Grundweg gefallen ist, der zur vorübergehenden Herabsetzung geführt hatte, soll die Notstandsmaßnahme, wie wir hören, mit Ablauf dieses Monats außer Kraft treten. Darüber hinaus sollen die Zeitarbeitspreise eine geringfügige Erhöhung erfahren, da die Zahl der Fahrten, die jetzt über Berechnung zu Grunde zu legen wären, bei weitem nicht der Benutzungsmöglichkeit der Karten entspricht. Es sollen daher die Monatskarten des Fernverkehrs anstatt nach 20 vom 1. Februar ds. Jz. ab nach 25 Einzelfahrten berechnet werden. Die Schülermonatskarten werden nach wie vor zur Hälfte, die Wochenkarten zum 4. Teil des Monatskartenpreises und die Kurzzeitarbeitskarten nach 3 Einzelfahrten festgesetzt. Bei einer Wiedereinstellung der Monatskarten zu 52 Fahrten im Monat, der Wochenkarte zu 12 Fahrten in der Woche beträgt die Ermäßigung immer noch 52 Prozent und 48 Prozent. Die Arbeiter- und Schülerfahrkarten genießen wieder wie früher eine Ermäßigung von 50 Prozent gegenüber den regelmäßigen Fahrpreisen. Von der Aufhebung der Vergünstigung, daß Kurzarbeiter, die nur an einem Tage in der Woche arbeiten, für die Hin- und Rückfahrt eine einfache Fahrkarte 4. Klasse benutzen dürfen, wird einstweilen abgesehen.

**Ärzte und Krankenkassen.** Der Reichsausschuss für Ärzte und Krankenkassen, der durch das Ausnahmengesetz vom 30. Oktober 1923 als oberste Instanz für beide Parteien eingesetzt worden ist, trat kürzlich im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors A. v. Jonquieres, Krankenkassen und Ärzte waren durch je fünf Abgeordnete vertreten; außer den Vorsitzenden nahmen die beiden durch das Gesetz vorgesehenen unparteiischen Mitglieder an der Sitzung teil, nämlich Ministerialdirektor Damann vom Reichsamt des Innern und Geh. Rat Eichelhagen vom Reichsarbeitsministerium. Außerhalb der Tagesordnung wurde der Entwurf einer bevorstehenden Rechtsverordnung über Änderungen in der ländlichen Krankenversicherung besprochen. Die Krankenkassenvertreter beteiligten sich an dieser Erörterung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht. Die Ärzte äußerten zwar gegen einzelne Bestimmungen, die die ärztlichen Verhältnisse auf dem Lande betreffen, Bedenken, wollten diese aber teils mit Hilfe des Reichsausschusses, teils unter Inanspruchnahme anderer Stellen zu beheben versuchen. Sie erklärten sich schließlich bereit, dem Vorstande des Ärzteverbandes in Leipzig einen Beschluß auf Aufhebung des vertraglosen Zustandes zu empfehlen. Daraufhin wurde in eine allgemeine Aussprache über die Tätigkeit des Reichsausschusses eingetreten und die Frage der sogenannten Ueberwachungsämter vorläufig geregelt. Zum Schluß wurden Entwürfe beider Parteien, der Ärzte wie der Krankenkassen, zur Frage der tarifärztlichen Beiträge und Anweisungen für die Tätigkeit der Krankenkassenärzte einer besonderen Kommission von vier Mitgliedern zur Bearbeitung überwiesen. Die Sitzung und die außerhalb der Tagesordnung geflochtenen Verhandlungen nahmen fast den ganzen Tag in Anspruch.

**Der Verband der Ärzte Deutschlands** stellt mit: Die vom Reichsarbeitsministerium angeordnete gesetzliche Neuregelung der Krankenversicherung auf dem Lande ist nicht, wie die Ärzteschaft befürchtete, ohne Mitwirkung der ärztlichen Organisation erfolgt. Der Entwurf ist vielmehr der gesetzlichen Vertretung der Ärzte und Krankenkassen, dem Reichsausschuss, am 17. 1. 24 zur Kenntnis gebracht worden. Wegen Einzelheiten der Verordnung haben die ärztlichen Vertreter Bedenken erhoben, mit Rücksicht darauf aber, daß die Regierung von einer Ausdehnung des Reichsausschusses Abstand genommen hat, die Aufhebung des vertraglosen Zustandes ausläßt. Die

tarifärztlichen Vereine werden den Krankenkassen mitteilen, daß ihre Mitglieder auf Grund des vom R. A. M. vertretenen Rechtsstandpunktes bereit sind, die ärztliche Tätigkeit nach Maßgabe der Bestimmungen der alten Verträge wieder aufzunehmen. Die Krankenkassen sind nunmehr nach dem 17. 1. erneut vertretenen Rechtsauffassung des R. A. M. verpflichtet, allen bisher bei ihnen ausgefallenen Ärzten ihre Dienste nach den früheren Vertragsbedingungen zu verhalten, bis durch die Arbeit des Reichsausschusses neue Verträge zustande gekommen sind. Sollten sich einzelne Kassenverträge weigern, der Wiederaufnahme der früheren Beziehungen zuzustimmen, so handeln sie den gesetzlichen Bestimmungen und den Bestellungen des Reichsarbeitsministeriums entgegen, hindern die Beendigung des Kampfes und verletzeln die von der Ärzteschaft angestrebte Zusammenarbeit im Reichsausschuss. Entsetzen aus einer etwaigen ablehnenden Haltung einzelner Kassen neue örtliche Kämpfe, wo tragen die Krankenkassen die Verantwortung für die den Versicherten daraus entstehenden Folgen.

**Zentralnachweisamt für Kriegsbeteiligte und Kriegsergriffene.** Die Zweigstelle des Zentralnachweisamtes für Kriegsbeteiligte und Kriegsergriffene ist in die Reichsarchivverwaltung Dresden eingegliedert worden und führt als selbständige Abteilung unter der Bezeichnung Reichsarchivverwaltung (Zentralnachweisamt RZA) ihre bisherigen Aufgaben fort. Diese bestehen nach wie vor für die Angehörigen der ehemaligen sächsischen Armee in Erteilung von Auskünften über Befahren und Vermögen, Beurteilung von Kriegserklärungen, Nachlässe und Grabräumungsangelegenheiten. Telefonanruf 19447.

**Verhängnis von Postkarten ins Ausland.** Es ist leider zu wenig bekannt, daß das speziell in Deutschland vielfach übliche Großformat für Postkarten im Ausland nicht zulässig ist. Für das Ausland sind nur Postkarten in normierter Größe — Weltpostkartenformat — zulässig und werden größere Postkarten wie Briefe behandelt und entsprechend tarifiert. In Italien werden solche Karten durchweg mit 70 Cent befragt, was für den Empfänger eine empfindliche Ausgabe bedeutet und für den Absender nicht weniger unangenehm sein dürfte.

**Zum Volksbegehren des Landesauschusses.** Nach Baranab 1. Absatz 2 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. März 1921 kann das Gesamtministerium bei dem Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens von der Beibringung der Unterschriften von 1000 Stimmberechtigten absehen, wenn der Vorstand einer Vereinigung den Antrag stellt, und glaubhaft macht, daß 2000 ihrer stimmberechtigten Mitglieder den Antrag unterstützen. Der von dem Landesauschuss ausgearbeitete und vom Volksbegehren des Landesauschusses am 4. ds. Mts. gestellte Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über Auflösung des Landtages läßt es zweifelhaft, ob damit den gesetzlichen Voraussetzungen entsprochen ist. Der Landesauschuss ist deshalb aufgefordert worden, den Nachweis zu führen, daß er die Eigenschaft des Vorstandes einer Vereinigung im Sinne des Gesetzes besitzt.

**Sächsische Viehzählung.** Wie uns aus Dresden gemeldet wird, veröffentlicht das Statistische Landesamt jetzt die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Oktober 1923. An diesem Tage gab es in Sachsen 570205 Schweine gegen 507598 am 1. Dezember 1922, also eine Vermehrung von fast 63000 in zehn Monaten. Der Friedensstand (790291) ist allerdings noch nicht wieder erreicht. Dagegen ist die Zahl der Rinder im gleichen Zeitraum nicht unbedeutend zurückgegangen (von 692888 auf 687135). Der Friedensstand betrug 713928. Die Zahl der Schafe hatte sich im Frieden wegen der billigeren ausländischen Wollpreise stark verringert, aber die Abwanderung vom Ausland und die Kaluta haben seit Kriegsausbruch ein regelmäßiges starkes Ansteigen der Zahl der Schafe bewirkt. Von 38271 am 1. Dezember 1913 ist sie auf 104189 am 1. Oktober 1923 gestiegen, hat sich also schon fast verdoppelt. Noch härter ist natürlich die Kuh der kleinen Mannes vermindert. Die Hege ist jetzt in 384419 Exemplaren gegen nur 136372 i. J. 1913 vertreten.

**Mortizburg.** Aus dem Pavillon der Insel des Grochewitz zum Schloß in Mortizburg gedrückt wurden mittels Einbruchs eine Anzahl Fensterscheiben mit je drei Scheiben und verschiedene andere Dinge gestohlen. — In Wachsenburg bei Radeberg wurden von unbekannten Einbrechern aus einer Fabrik 21 große und 12 kleine Eisenbahnkupplungen im Gewicht von über vier Zentnern gestohlen. Die betreffenden Kupplungen lagen zur Auflieferung bereit, die Spigebenen dürften den Versuch machen, ihre schwere Beute bei Almetzshändlern abzusetzen.

**Döbeln.** Nach viermonatigem Stillstand ist wieder ein sehr guter Geschäftsgang in der Bigarettenindustrie eingetreten. Hunderte von Feldarbeitern von hier und aus den umliegenden Orten finden wieder lohnende Beschäftigung.

**Dresden.** In der Kirche des Sächsischen Geistlichen Vereins wurde am Sonntag Varrer von Kirchbach, ein Sohn des früheren Präsidenten der Sächsischen Staatseisenbahnen, in sein Amt als 4. Geistlicher des Landesvereins für innere Mission eingeweiht. Varrer von Kirchbach nahm 1919 als Major seinen Abschied aus dem Preesdienst und widmete sich dem Studium der Theologie.

**Dresden.** Am Sonnabend veranstaltete der Deutsch-Deutscher Hilfsverein in den Räumen des Hotel Bellevue einen Abend, dem auch der Militärbeschädigten Generalleutnant Müller, Kreisbauernrat Bud, höhere kantische und städtische Beamte, Vertreter fast aller Konulate, Mitglieder der beiden Staatsräte u. a. beiwohnten. Der erste Vorsitzende Kunstler Prof. Ganto, Vorstand der Rohlmittelabteilung an den Staatstheatern, empfing mit den übrigen Vorstandsmittgliedern die erlöschenden Gäste. Das Fest verlief ungenießbar anregend. Entzückende Anzahl eigener Schöpfungen von Frauetaun Dombos vom Ballett der Staatsoper. Ein Instrumentalquartett war unerlässlich im Spenden heiterer Weisen.

**Bautzen.** In den Städten der Oberlausitz erschließen ständig große Mengen Butter auf dem Markt, während sie vor kurzem weder in Geschäften noch auf dem Markt zu sehen waren. Hier konnte man auf dem letzten Wochenmarkt ein Stück Butter für eine Mark haben, in Wobau sogar für 90 Pfennig. Das Wiedererscheinen der Butter und der Rückgang der Preise ist aus dem Fernbleiben der Käufer zu erklären.

**Mitau.** Infolge Gefundung der inneren wirtschaftlichen Verhältnisse sollen die in Nordböhmen für reichsdeutsche Kinder eingerichteten Freizeiteinrichtungen abgebaut werden. Bekanntlich hatten hilfsbereite deutschfreundliche Organisationen in den nordböhmerischen Städten und Dörfern Familienheimstätten errichtet, die den bedürftigen Kindern aus sächsischen Grenzorten zugute kamen. Die Zahl dieser Freizeiteinrichtungen soll wesentlich beschränkt werden und nur noch für die Fälle bestehen bleiben, wo wirkliche Not herrscht. Wie verlautet, wollen die an Nordböhmen grenzenden, in den letzten Jahren wohlhabend gewordenen Fabriksorte den Ausbau der Unterhaltungsaktion für Hilfsbedürftige von sich aus beizugehen.

**Raubhof.** In Klinga (schon ein Gärtnerburde beim Spielen mit einem Trübsinn dem Rinde eines Obergärtners eine Angel in den Unterleib). Das Rind verlor im Leipziger Krankenhaus an den Folgen der Verletzung. **Jwikau.** Der aus dem Wittenbergprozess bekannte frühere Leutnant Röhn, der wegen Ermordung seiner Geliebten eine 6-jährige Gefängnisstrafe in der Landesstraf-

anstalt Jwikau zu verbüßen hat, hat dem Hungerstreik, durch den er das beantragte Wiederaufnahmeverfahren erzwungen wollte, freiwillig wieder aufgegeben.

**Freiberg.** In der ersten Sitzung des neu gewählten Stadiverordnetenkollegiums kam es zu tumultuariösen Zusammenstößen zwischen der bürgerlichen Mehrheit und zwischen der sozialistisch-kommunistischen Minderheit. Die bürgerlichen Gemeindevorsteher wurden nach der Sitzung noch auf der Straße von Kommunisten belästigt.

**Grünhainichen.** Wie sehr es auf eine Stimme ankommen kann, zeigt der Erfolg der Wahlen in dem kleinen Anhaltort Dorsendorf bei Grünhainichen, da nur durch eine einzige Stimmenmehrheit die Bürgerlichen sieben Sitze und die Linksparteien sechs Sitze erhielten.

**Gohrenkeim-Ernstthal.** In den hiesigen Web- und Wirkfabriken herrscht seit kurzem ein sehr starker Geschäftsgang, so daß Weberknechte und Arbeiterkräfte neu eingestellt werden mußten. Die Aufträge sind schwer zu erledigen. Die Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt 6 bis 10 Stunden pro Tag. Die meisten Waren gehen ins ehemalige neutrale Ausland.

**Oberwiesenthal.** Flugmeister Joe Hans Schone trifft nunmehr bestimmt Anfang Februar mit seinem neuen Apparat hier ein zur Veranstaltung motorisierter Vorkursflüge und Einrichtung der ersten sächsischen Fliegerkurse. Der Besitzer des Sportplatzes, Herr Vogel, hat bereits ein geeignetes Gelände zur Verfügung gestellt und eine Halle zur Unterbringung der Flugapparate errichtet.

**Überwiesenthal.** Das Tauwetter, das in der Nacht zum Sonnabend einsetzte, erstreckt sich bis hinauf in unsere höchsten Gebirgsflagen. Selbst auf dem Bismarckberg gab es am Sonnabend zeitweise Regen. Die ungewohnten Schneewehen, die über das ganze Land hin lagern, ließen bei einem solchen Vorkommen des ersten Tauwettertempo die Gefahr eines schweren Hochwassers befürchten. Diese wurde aber allmählich abgewendet. Im oberen Gebirge trat mit der Aufhellung des Himmels in der Nacht zum Sonntag wieder leichter Frost auf, der die Tauwässer jähelte.

**Falkenstein.** Hier sowohl wie in Langenberg bei Gohrenkeim-Ernstthal und in Raasdorf wurden Pulverhäuser zerstört und die darin aufbewahrten Sprengmaterialien im Gewicht von einigen Tonnern gestohlen.

**Ceiznig i. V.** In den Nächten voriger Woche wurden hier sämtliche Staatsgebäude mit Sowielethern in bester Ordnung besichtigt. Einer der Täter, ein Mitglied der kommunistischen Partei, wurde verhaftet. — Flugmeister Dr. Hüblich ist von den sächsischen Körperkulturen auf Lebenszeit gewählt worden.

**Planen.** Auf Grund der Personalabbauverordnung war auch gegen zehn Solo- und Chorleiter des hiesigen Stadtkirchenrats die Kündigung ausgesprochen worden. Nach dem nunmehr die Kündigungen sich entzogen hat, bei dem Dresdener Staatskirchenrat während der gegenwärtigen Zweizeit keinen Abbau vorzunehmen, hat auch der hiesige Stadtrat beschlossen, die ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen.

**Leipzig.** Da der Rat der Stadt aus finanziellen Gründen die Errichtung neuer Segeln ablehnt und eine noch kürzere Belegung der Klassenzimmer mit Kindern möglich umständlich ist, sollen von den zu den Segeln der höheren Schulen Leipzig für Ostern 1924 angemeldeten Anaben höchstens 75 Prozent, von den angemeldeten Mädchen höchstens 65 Prozent aufgenommen werden.

## Gerihtsjaal.

Ein sächsisches Intermezzo in der Dresdener Jahreschau. Wegen Hausfriedensbruchs, Verletzung und Körperverletzung verhandelte das Amtsgericht gegen den Generalvertreter der Ullmerwerke Dr. jur. Fritz Wälder und den 32 Jahre alten Kaufmann Paul Gerhard Dost, die sich beide in der Nacht zum 8. Juli d. J. gegen 1,15 Uhr morgens den Zutritt zum Ausstellungsgelände erzwingen haben sollen. Bei dieser Gelegenheit soll Dr. Wälder dem Wächter Jost angeordnet haben, er werde den Hund auf ihn lassen. Dost hat dann im Ausstellungsgelände den Verwaltungsdirektor und Geschäftsführer der Ausstellung, Lege, mißhandelt und großschuldig beleidigt. Nach der Beugenernehmung muß sich zu seiner Rechtfertigung ein recht überflüssiges abgesetzt haben. Die Beschuldigten bestritten die ihnen zur Last gelegten Handlungen, sie wurden jedoch durch Direktor Lege erkräftigt befestigt. Das Urteil lautete bei Dr. Wälder auf 80, bei Dost auf 350 Goldmark Geldstrafe.

## Bermischtes.

**Preisprüfungsstelle in der guten alten Zeit.** Man schreibt uns aus Dresden: Im Winter 1578 auf 79 beschwerten sich die Hoffleute beim Kurfürsten August, daß mit einem Male ein Paar Reittiesel, „lang wie der Schenkel“, die bisher um 26—27 Groschen zu haben waren, 2 Gulden, ja sogar 2 alte Mark kosten sollten. „Vater August“ forderte daraufhin den Dresdener Rat auf, diesen Preissteigerungen durch eine Handwerkerliste ein Ziel zu setzen. Der Rat, in dem auch Handwerker, vielfach sogar Schuhmacher saßen, überlegte sich die Sache und verfiel dann auf folgenden sehr zweckmäßigen Ausweg. Die Schuhfertigung sollte eine Probe machen. Das geschah dann so: die beiden „zu Dose geschmiedeten Schuster“ kauften am 10. Januar 1579 mit dem Kurfürsten des Handwerks eine Hindschuh und zwei Kuhleder, die von zwei verordneten Lehnherren abgemessen und insgesamt mit 8 Gulden 23 Groschen bezahlt wurden. Auf gleiche Weise wurde noch ein Schaf- und Kalbfell, Bes, Samt, Woll und sonstige Futaten gekauft und genau berechnet. Am 15. Januar wurden dann die zugerichteten Hüfte in der Werkstatt des Kurfürsten des Schuhmacherhandwerks von den beiden verordneten Meistern in Gegenwart von zwei Ratmitgliedern und fünf Junngemeistern besichtigt und 26 Paar Schuhe daraus geschliffen: 15 Paar Männerschuhe, 8 Paar Frauenschuhe, 2 Paar Knabenstühle und 1 Paar Mädchenstühle. „Hant“, „Schuhmacher“ (Wollen) stellten an einem Tage diese 26 Paar Schuhe fertig. Als Lohn dafür erhielten sie zusammen („ohne Hinder“) 3 Groschen 1 Pfennig, und zur Worgang- und Wittingmaßigkeit der zwei Meister und fünf Gesellen wurden 1 Gulden und 3 Groschen 5 Pfennige ausgeliefert. Die Gesamtschuld des Rates betrug somit 10 Gulden oder 10 Gulden jedes Schuhbaur 8 Groschen 8 Pfennige. Als alles fertig war, ließ der Rat die vereinigten Innungmeister und Meister des Handwerks unter Erinnerung an ihren Eid die Schuhe nochmals schäben. Sie bewerteten sie insgesamt mit 7 Gulden 14 Groschen 3 Pfennige. Dieser Betrag, von dem für Material und Herstellungskosten (10 Gulden 8 Groschen) abgezogen, ergab eine Mehrausgabe von 2 Gulden 14 Groschen 8 Pfennig; die Ragen der Hoff-ute über Ueberverteilung durch die Schuhmacher wuzen damit als unbedeutend widerlegt.

**Goldstücke, die nicht gehoben werden dürfen.** Tibet, das auch heute noch so wenig bekannte Land gehört seit uralten Zeiten zu den Gold ausführenden Gebieten und hat stets dafür Silber und andere Erzeugnisse auf den umliegenden Ländern eingetauscht. Die wichtigsten Goldfelder befinden sich in dem Gung-Tang oder der nördlichen Wüste und ebenso in dem Gebiet Kailas von Haktischen dieser Stadt und der sinesischen Grenze. Ein englischer Reisender, der in letzter Zeit Tibet durchquert hat, macht nun die aufsehenerregende Mitteilung, daß diese Goldfelder, in denen riesige Schätze aufgeschichtet sind, fast voll-

König überführt geblieben. „Der tibetanische Goldgräber“ so schreibt er, „sammelt nur Goldstaub; er glaubt, daß wenn er Goldklumpen formen würde, der Vorrat an Goldstaub ausreichen würde, da die Goldklumpen nach der Volkmeinung den Goldstaub erzeugen. Wie hart dieser Aberglauben in ganz Tibet ist, beweist der folgende Vorfall. Die tibetanische Regierung sandte vor einigen Jahren einen jungen Mann nach England, der dort in der Bergwerkswissenschaft und Metallurgie ausgebildet werden sollte. Nach seiner Rückkehr studierte der Ingenieur den Goldreichtum des Landes, stellte in verschiedenen Gebieten gewaltige Goldlager fest und ging daran, das Gold aus dem Erz herauszulassen, in das es eingebettet war. Große Goldklumpen wurden auf diese Weise gewonnen. Aber kaum hatte er mit seiner Arbeit begonnen, da erschienen die Dämonen der angrenzenden Ortschaften auf dem Schauplatz, verboten die Weiterarbeit und besahen, daß alles gewonnene Gold sofort wieder an Ort und Stelle zurückgebracht werde. Der Ingenieur wandte sich an die Regierung und beschwor sie, ihm die Weiterarbeit zu ermöglichen, da auf diese Weise riesige Reichtümer gewonnen werden könnten. Aber die Dämonen waren nicht von ihrer Forderung abzubringen; sie erklärten, daß dem Lande und besonders der Staatsreligion das größte Unheil drohe, wenn man das Gold aus den Gebirgen herausnehme. Die Bevölkerung geriet in Aufregung und nahm eine drohende Haltung gegen die Goldgräber ein, und die Regierung mußte den Priestern nachgeben. Infolgedessen müssen einige der reichsten Goldfelder, die es überhaupt in Asien gibt, für unbestimmte Zeit unangefastet bleiben.“

### Neueste Nachrichten und Telegramme vom 22. Januar 1924.

**Die Abreise Sichts nach Paris verzögert.**  
H. Berlin. Die ursprünglich für den Anfang dieser Woche geplante Rückreise des Herrn von Sichts nach Paris wird sich voraussichtlich mehrere Tage verzögern, da bis jetzt noch keine Kabinetsberatung über die Urteile des deutschen Geschichtsträgers sowie über die beiden Memoranden der französischen und der belgischen Regierung angefangen ist.

**Der bayerische Bauern- und Mittelstandsbund für selbständiges Wahlkamp.**

H. München. Der diesjährige Parteitag des bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes nahm eine Resolution an, in der er es für notwendig erachtet, daß der bayerische Bauern- und Mittelstandsbund selbständig für Landtag und Reichstag in den Wahlkampf trete. Wegen der Aufhebung des Landwirtschaftsministeriums wurde einstimmig Protest erhoben. Zum Vorsitzenden wurde der frühere Reichsernährungsminister Dr. Febr gewählt.

**Die Debatte im Unterhaus.**

H. London. Das Unterhaus wird heute zu einer neuen Sitzung zusammenzutreten. In der Ministerpräsident Baldwin die Demission des Kabinetts offiziell mitteilen wird. Zur schneefreiesten Zeit um 11 Uhr gehen abend, als die Abstimmung vor sich gehen sollte, stellen die Konservativen den Antrag auf Fortsetzung der Debatte, jedoch Ramsay MacDonald reichte ebenfalls den Gegenantrag auf Schluß der Debatte ein. Trotz des Einspruchs einiger Liberaler wurde dieser Antrag zur Geschäftsordnung ohne Abstimmung angenommen und der Sprecher brachte sofort das Amendement der Arbeiterpartei zur Abstimmung. Unter den ersten Ab-

geordneten, die gegen die gegenwärtige Regierung stimmen, befand sich Lord George.

**Der englische Eisenbahnerzeit eine kommunistische Bewegung.**

H. Rotterdam. Der „Rotterdamse Courant“ meldet Montag früh aus London, daß die Streikluft der Eisenbahner nach dem Platze des vorjährigen Generalstreiks sehr gering sei, daß kommunistische Bestrebungen in der Bewegung nicht abgeklungen sind und daß der Streik voraussichtlich in wenigen Tagen zusammenbrechen würde. Vorläufig finden immer noch Verhandlungen statt, die durch die ausgetretenen Zeitstreiks nicht beeinträchtigt wurden.

**Marktberichte.**

**Landwirtschaftliche Warenbörse zu Großhain.** Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 19. Januar 1924: Weizen 8,00; Roggen 7,25; Hafer 5,70-6,00; Sommergerste 8,00 bis 8,25; Mais 11,00-11,50; Acker 4,50; W. u. W. Stroh 0,80 bis 1,00; Gaherstroh 0,80-1,00; Heu 2,50; Kartoffeln 8,00; Weizenmehl 70%, 16,00; Roggenmehl 70%, 18,25. Die Preise verstehen sich für den Zentner in Mengen unter 5000 Altkogramm.

**Preiserhöhter Schlachtmärkte vom 21. Januar.** Auftrieb: 1. Rinder: 33 Köhler, 181 Füllen, 122 Kalben und Kühe, 2. 291 Kälber; 3. 164 Schafe; 4. 593 Schweine. Zusammen 1864 Tiere. Vom Auftrieb 28 Rinder und 25 Schweine ausländischer Herkunft. Außerdem zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf den Markt gebracht: 5 Kälber, 25 Schweine. Preise in Goldmark pro 50 Altkogramm für Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht: **Kühen:** 1. vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 38 bis 42 (78), 2. junge Fleischkühe, nicht ausgewachsene, ältere ausgewachsene 22 bis 24 (65), 3. mäßig gediehene Kühe, gut gediehene ältere 24 bis 30 (57). **Bullen:** 1. vollfleischige ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 40 bis 42 (70), 2. vollfleischige jüngere 34 bis 38 (65), 3. mäßig gediehene Kühe und gut gediehene ältere 28 bis 34 (57), 4. geringe gediehene 22 bis 28 (53). **Kalben und Lämmer:** 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 40 bis 42 (74), 2. vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 34 bis 38 (69), 3. ältere ausgewachsene Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 28 bis 32 (66), 4. gut gediehene Kühe und mäßig gediehene Kalben 20 bis 21 (57), 5. mäßig und gering gediehene Kühe und gering gediehene Kalben 12 bis 18 (44). **Kälber:** 1. Doppellender - 2. beste Mast- und Saukälber 54 bis 62 (101), 3. mittlere Mast- und gute Saukälber 54 bis 58 (98), 4. geringe Kälber 42 bis 50 (83). **Schafe:** 1. Mastlamm und jüngere Mastlamm 51 bis 53 (104), 2. ältere Mastlamm 44 bis 48 (102), 3. mäßig gediehene Lammel und Schafe (Wergschafe) 25 bis 35 (78). **Schweine:** 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahre 74 bis 78 (96), 2. Fleischschweine 75 bis 77 (95), 3. Fleischige 64 bis 70 (89), 4. gering entwickelte 50 bis 60 (78), 5. Sauen und Geer 50 bis 70 (80). Die Preise sind Marktpreise für mittleres Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab Stal, Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtserlöse ein, erheben sich also wesentlich über die Stalpreise. **Lebertran:** 8 Köhler. Tendenz des Marktes: Rinder langsam, Kälber, Schafe mittel, Schweine gut. - **Landwirte** haben nach den Richtlinien der Landespreisprüfungsstelle für Rinder 20, für Kälber und Schafe je 18 und für Schweine 16%, weniger zu fordern als die dem Kaufschluß vorhergehende Notiz beträgt.

**Künftig festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin** am 21. Januar. Getreide und Cellulose pro 1000 kg, sonst pro 100 kg. (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.)

Weizen märkischer 151-155. Roggen märkischer 134-137, pommerischer 133-135, westpreussischer 133-135. Gerste, Braugerste 135-138, Futtergerste 130-135. Hafer, märkischer 100-108, pommerischer 90-98, westpreussischer 85-90. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto incl. Sad (feinste Marken über Notiz) 23,25-27. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto incl. Sad 21,25-24. Weizenkleie frei Berlin 7,80. Roggenkleie frei Berlin 7,00. Bittererbsen 85-87, kleine Bittererbsen 19-22. Futtererbsen 12-14. Weizenflocken 13-15. Weizenrohstoffe 13 bis 15. Blasen 17-19. Kapseln, blaue 18-14, gelbe 18-17. Gerstebrot 15-16,50. Kapseln 11,00. Zuckerrüben 7,50 bis 8,00. Vollwertige Zuckerrüben 18-19. Kartoffelflocken 17.

**Heutiger Dollarkurs (amt.): 421050000000**  
(unverändert)  
Fernsprechanzeige, ohne Gewähr.

### Wirtschaftszahlen für den 22. Januar 1924.

1 Goldmark (Berliner Dreifach) . . . 1 002 500 000 000 Papiermark  
1 Goldmark . . . 10 025 000 000 Papiermark  
Goldanleihepreis . . . 640 Doll. u. kg  
1 Anleiheanleihe . . . 19267 500 000 000 Mark  
Goldanleihepreis (1-Mark-Stück) . . . 400 000 000 000  
Goldumrechnungssatz  
für Reichsteuern und Eisenbahntarif . . . 1 Billion  
Reichsbanknot . . . 1 110 000 000 000  
(Währung 1,8%)  
Tägliche Gesamtumsatz (mit Vorkauf) . . . 1 106 000 000 000  
(Währung 1,7%)  
(ohne . . . 1 114 000 000 000  
(Währung 1,9%)

**Großhandelsverkehr** . . . 1 198 000 000 000  
Gewert des Warenverkehrs  
bei Auslandspostsendungen ufm. . . 900 000 000 000

**Fernsprechanzeige:**  
Es kostet ein Gespräch im Ortsverkehr . . . 0,15 Goldmark  
im Fernverkehr bis 100 km . . . 0,30-1,35 Goldmark  
(unverändert nach dem Goldumrechnungssatz für Reichsteuern)

**Telegraphengebühr:** Wortgebühr im Fernverkehr . 0,15 Goldmark  
Wortgebühr im Ortsverkehr . 0,075 Goldmark  
(unverändert nach dem Goldumrechnungssatz für Reichsteuern)

**Posttarif:** Ortsbrief . . . 0,03 Goldmark  
Fernbrief . . . 0,03 Goldmark  
Fernpostkarte . . . 0,05 Goldmark  
Auslandsbrief . . . 0,80 Goldmark  
nach Ungarn und Tschecho-Slowakei . 0,25 Goldmark  
Auslandspostkarte . . . 0,20 Goldmark  
nach Ungarn und Tschecho-Slowakei . 0,15 Goldmark  
(unverändert nach dem Goldumrechnungssatz für Reichsteuern)

**Steuerabzug vom Arbeitslohn:**  
Der Steuerabzug frei bleiben für volle Monate 50  
Goldmark monatlich, für volle Wochen 12 Goldmark  
wöchentlich, für volle Arbeitstage 2 Goldmark täglich,  
für kürzere Zeiträume 0,50 Goldmark für je zwei  
angefangene oder volle Arbeitstagen. Von dem den  
steuerfreien Lohnbetrag übersteigenden Teil des Ar-  
beitslohnes sind bei jeder Lohnzahlung bei einem  
lebigen oder kinderlos verstorbenen Arbeitnehmer 10  
v. H., bei einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kin-  
der 9 v. H., mit einem Kinde 8 v. H., mit zwei Kin-  
dern 7 v. H. und für jedes weitere minderjährige  
Kind 1 v. H. weniger einzubehalten.

**Möbl. Zimmer**  
der Hof. ob. 15.2. von Herrn  
gesucht. Off. unter B 802  
an das Tagblatt Riela.

**Junger Frau sucht p. sofort  
oder später**  
eine Stube Möbel-  
einzelnen. Offerten unter  
D 804 an das Tagbl. Riela.

**Wohnungstausch**  
**Riela — Dresden.**  
Tausche sofort moderne  
5-Zimmer-Wohnung in  
Dresden, 5 Minuten vom  
Bahnhof, gegen eine  
Wohnung in Riela. Angebote unter  
T 704 an das Tagblatt  
Riela erbeten.

**Riela — Dresden.**  
Moderne 4-Zimmer-Wohnung  
in Villenstraße, mit  
Balkon, Bad, Städtische  
Wasserversorgung, Nähe  
Bahnhof, sehr ruhige  
Lage, mit eigener  
Wohnung in Riela od. Gröba  
zu tauschen. Anm. unter  
E 805 an das Tagbl. Riela.

**1000  
Goldmark**  
wegen gute Sicherheit und  
hohe Verzinsung zu leihen  
sicherst. Offerten unter  
Z 800 an das Tagbl. Riela.

**Geschäfts-  
Briefumschläge**  
mit Firmenstempel  
1000 Stück  
von Mark 7.50 an  
fertig schnellstens

**Langer & Winterlich**  
Riela, Goethestraße 59.

**Erntegemint.**  
Zwei lebenslustige junge  
Mädchen im Alter von  
19 u. 21 Jahren, Blondine  
u. Brünette, möchten die  
Bekanntheit der lebens-  
lustigen jungen Herren an-  
sp. Sp. Einbeirat  
wird geboten u. gewünscht.  
Off., mögl. m. Bild, unter  
C 808 an das Tagbl. Riela.

**Margarine-Fabrik**  
hat die Absicht, in Riela ein Zentrallager zu errichten.  
Erfolgreiche Verkaufskraft, die dort nachweisbar ein-  
gesetzt ist und Ware und Lager zur Verfügung  
stellen kann, wird um Angebot gebeten unter J. 604  
an Ala-Saatenstein & Vogler, Dresden.

**Junger Hund zu verk.**  
Gröba, Rielastr. 42.  
Suche ein edelches und  
kleines  
**Mädchen**  
von 17-18 Jahren.  
Franz Fleischermeister  
Rielastr.,  
Gröba, Streblar Str. 1.

**Suche für sofort oder  
später tüchtiges, ehrliches  
Hausmädchen**  
i. Alter v. 16-18 Jahren.  
Frau Winzer, Baum-  
schulen, Bauhof bei Riela.

**Angebot  
und  
Nachfrage**  
in geschäftlichen und  
persönlichen Bedarfs-  
fragen vermittelt auf  
schnellstem Wege eine  
Anzeige im Rielaer  
Tagblatt. Anzeigen-  
annahme Goethestr. 59  
täglich von früh 8 Uhr  
bis 6 Uhr abends.

**Lagerplatz**  
Nähe Bahnhof, wenn mög-  
lich mit Gleisanschluss, zu  
kaufen od. pachten gesucht.  
**Voigt & Schmidt,**  
Hoyerswerda.  
Fernsprecher 63.

**1 älteres Pferd**  
zu verk. Sageritz Nr. 25.  
**Wegen Auswanderung**  
fl. Wohns. Einrichtg.  
billig u. verkaufen. Arthur  
Kraus, Cottewitz/Strebla

### Das Rätsel von Rubezahl.

Das Riesengebirge ist nicht nur eine der blühendsten Sommerfrischen in deutschen Landen, sondern es hat sich auch immer mehr zu einem Winterportgebiet ersten Ranges entwickelt, in dem in diesem Jahre viele Tausende Erfrischung und Kräftigung suchen. Und jeder, der die Schönheiten dieses großartigen Gebirgszuges genießt, fühlt sich zugleich als Unterthan des Berggottes Rubezahl, der seit unvorstelllichen Zeiten der Herr des Riesengebirges ist. Kaum eine andere Sagenwelt in deutschen Landen hat die Furchung und die Gemüter so viel beschäftigt als dieser Dämon, und doch hat man noch nicht herausbekommen, was sein Name eigentlich bedeutet, was den Grund seines Wesens ausmacht. Dem Sagenreichtum des phantastischen Schieferlandes widmet Will-Erich Peuter in dem bei Eugen Diederichs in Jena erscheinenden „Deutschen Sagenbuch“ einen aus der noch lebendigen Überlieferung gesammelten, zugleich die wissenschaftliche Forschung eingehend berücksichtigenden Band „Schlesische Sagen“, in dem auch dem Rubezahl ein ansehnliches Kapitel gewidmet ist. Während so vieles an dieser Gestalt dunkel ist, steht doch das eine fest, daß Rubezahl ursprünglich nichts mit dem indischen Kobold zu tun hat, der in Märchenbüchern sein Wesen treibt, sondern daß er einst alle die wunderbaren Naturkräfte des Riesengebirges verkörperte. Man hat in ihm einen Bergwerksgott gesehen und einen Wetterherrscher, einen Mittagsdämon und Schachhüter. In Obereschlesien erscheint er als „Kuepior“ schon im Namen mit dem polnischen Wort = Lärpe verbunden und spukhaft ausgestaltet. Anderswärts ist er ein eisiges Wesen, das als Gegenmännchen oder Gegenfeind auftritt. Im Niederschlesien ist er Pan Jan, der von einem großen schönen Hirsch durch die Luft nach dem Riesengebirge getragen wurde. Ältere Berichte schildern ihn als Wödh in schgrauer Kutte, der mit solcher Gewalt sein Saitenspiel schlägt, daß die Erde davon erzittert; oft erhebt er sich auch im Flug über die höchsten Gipfel und wirft sein Saitenspiel mit Donnergepolter zur Erde. Bald wieder dreht er im Wirbelwind Bäume aus oder läßt, auf dem Gipfel der Schneeköpfe liegend, seine Füße in die Äler herunterbaumeln, wobei er ein einträgliches Gelächel ausstößt. Der erste Sammler der Rubezahl-Überlieferungen, der Leipziger Magister Prätorius, hat ihn als einen Schachspieler dargestellt und berichtet, daß der Geist den Namen Rubezahl nicht leiden könne und sich „Herr Johannes“ titulieren lasse. Solch neudeutsche Geister mit dem Namen „Dämon“ sind auch sonst in den schlesischen Sagen nicht selten.

Das Wödhenswesen des Rubezahl hat man als ein

Zeichen des Bergwerksgottes deuten wollen. Doch schon Schwensfeldt schreibt dem Rubezahl alle möglichen Gestalten zu; er erscheint „jezt als ein Bergmännlein, bald als ein Wödh, bisweilen als ein schönes Weib, zu Zeiten als eine große Kröte oder Vuhu.“ Wie allen Geistern des Berglandes ist es ihm ein Vergnügen, die Wanderer irre zu führen. Wie anderen „gedankten“ Geistern gehören ihm bestimmte Orte; so wird von einem „Rubezahl-Garten“ am Rellen Abhang der östlichen Kruppe des Brunnensberges und von „Rubezals Rosenpark“ an der Keisseltappe berichtet. Das er aber nicht nur ein gewöhnlicher Kobold ist, geht daraus hervor, daß man ihm zugleich Einwirkung auf das Wetter zuschreibt. Wenn sich an schönen Sommer-tagen leichtes Gewölk emporaufsteigt, sagen die alten Leute: „Das ist der Rubezahl“, und er jagt auf den Wolken dahin, Sturm und Regen bringend, wie der wilde Jäger. Außer Unwettern und Natursturm aller Art wird ihm die Schuld an Uebererwärmungen zugeschrieben. Sehr oft erscheint er als Hüter und Beschützer von großen Schätzen; er wacht eifersüchtig über diese Schätze, tut aber auch von ihnen an gute Menschen aus. Schon 1466 heißt es im Trautemanners Waldensbuch, daß nahe der Abendburg eine Mauer sei, „und also ist der Geist, welchen die gemeinen Leute den Rubezahl nennen.“ So wird er zum Verwalter aller der wertvollen Oefeme, die sich im Riesengebirge finden. Viele Sagen melden, daß der „grohmächtige Regent des Riesengebirges“, von dem so zahllose Geschichten im Umlauf waren, sein Reich verlassen habe. Prätorius läßt ihn nach England auf Reisen gehen. Das ist durchaus verhängnisvoll, weil England in der deutschen Sage als das Land der Alben und Dämonen gilt. Nach einer böhmischen Sage jedoch hat ihn ein Priester verbannt. Dabei soll er geduldet haben, daß er nach Island fliehe, aber mit seinem Abzuge würde alle Güte, die er den Bewohnern erwiesen, aufhören, und er werde erst wiederkommen, wenn die goldenen Zeiten nach Böhmen zurückgekehrt seien.

### Kunst und Wissenschaft.

**Polizei und „Dinkemann“-Kaufmann.** Das Presseamt des Polizeipräsidiums Dresden teilt mit: Am Donnerstag wird im Staatlichen Schauspielhaus zum zweiten Male Toller's „Dinkemann“ aufgeführt werden. Wenn auch die Direktion des Schauspielhauses durch besondere Maßnahmen Vorkehrungen dafür zu treffen sich bemüht, daß die zweite Aufführung des Dramas nicht wieder der Zummelplatz mahler'scher und unangenehmer Meinungsäußerungen wird, so ist es dennoch nicht ausgeschlossen, daß man erneut versucht, die Vorstellung zu kören oder sonst im Theater oder außerhalb desselben Demonstrationen für oder gegen den

Verfasser oder die Tendenz des Stückes herbeizuführen. Das Polizeipräsidium wird mit allen Mitteln die Störung von Ruhe und Ordnung verhindern und warnt auf das nachdrücklichste vor solchen Kundgebungen. Im übrigen steht es auf dem Standpunkte, daß zu einem Verbot der Aufführung keine Veranlassung vorliegt, denn die Besucher der Aufführung müssen und werden innerlich diejenige Stellung zu dem Stück zu finden wissen, die ihren Anschauungen und Empfindungen entspricht, ohne daß sie in nichtgehöriger und übertriebener Weise ihrer Meinung über das Stück Ausdruck geben.

**Solidarität der Künstler mit Paul Wiede.** Sämtliche Mitglieder des Staatlichen Schauspielhauses haben folgende Erklärung unterzeichnet: „Die Mitglieder des Schauspielhauses, tief entrüstet über die gegen Direktor Paul Wiede gerichteten Angriffe, erklären einmütig, daß sie sich mit ihrem Führer und Kameraden fest verbunden fühlen. Sie wissen, daß er bei der Aufführung der „Dinkemann“-Tragödie ebenso wie in seinem sonstigen Leben und Wirken von den menschlich und künstlerisch reinen Absichten geleitet war. Mit vollem Vertrauen werden sie ihm auch weiterhin folgen in dem unzerstörbaren Glauben, daß die ehesten Traditionen des Schauspielhauses in Paul Wiede fortbewahrt sind.“

**Die Eröffnung der Basler Hans-Thoma-Ausstellung** fand unter starker Beteiligung der Basler Regierungsdirektion und der schweizerischen Kunstfreunde sowie zahlreicher schweizerischer und ausländischer Gäste statt. Anwesend waren der Regierungsvizepräsident von Basel, Dr. Niederhauser, der Präsident des Basler Kunstvereins, Dr. Deri, Persönlichkeiten des schweizerischen Kunstlebens, der bairische Kultusminister Dr. Hellbach, Ministerialrat Schwoerer vom bairischen Kultusministerium und Oberbürgermeister Dr. Ritter-Rosknecht, die alle auf die enge alemannische Kultur- und Massenverwandtschaft hinwiesen. Ferner wurde ein Brief des großen Hans Thoma verlesen, in dem es u. a. heißt: „Ich lebe am Ende meiner Laufbahn, aber mein geistiges Wirken ist in einem langen Leben herangereift und geklärt und ich denke, zum Wohl der deutschen oder vielmehr menschlichen Kultur, nach der ja alle Völker streben, und auf dem Gebiet der völkerverbindenden Kunst auch ein klein wenig beigetragen zu haben.“ — Die Basler Blätter nennen die Eröffnung der Ausstellung das bedeutendste Moment der Basler Kunstpflege, das auch die Manifestation der alemannischen Stammesverwandtschaft und eine Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls bedeute.

**Einpruch gegen Toller's „Rachentürme“.** Die Ortsgruppe Wauen des Bühnenvereins hat gegen die vom hiesigen Stadttheater beabsichtigte Aufführung des Dramas „Rachentürme“ von Ernst Toller Einpruch beim Theateramt erhoben.

**Am tliche s.**

**Gewerksammerbeitrag.**  
Der von der Gewerksammer ausgeschrieben  
Beitragstermin ist am 25. dieses Monats 1924  
und an unsere zuständigen Kassentellen zur Ver-  
meidung zwangsweiser Beitreibung zu entrichten.  
Der Rat der Stadt Riesa, am 21. Jan. 1924. Ch.

**Bereinsnachrichten**

**Verein für Handel und Gewerbe.** Morgen nachm.  
4 Uhr öffentliche Verlesung mit Landtags-  
abgeordneten Schmidt, Grubeln aller ist Pflicht.

**Großer Inventur-Ausverkauf**

vom 21. bis 31. Januar.

Nach beendeter Inventur verkaufe ich, um  
meine großen Lagerbestände abzulassen  
sämtliche Waren zu äußerst niedrigen Preisen.

Ganz besonders aufmerksam mache ich auf  
meine Spezialität:

**Herren- und Speisezimmer**

in Eiche-Imitation gerichtet, in allen  
Farben, von echt kaum zu unterscheiden.  
Die Preise sind den heutigen Verhält-  
nissen angemessen und ganz besonders  
niedrig gestellt, damit sich jedermann für  
wenig Geld ein gebiegenes, geschmack-  
volles Zimmer leisten kann.

**Speisezimmer in verschiedenen Mustern**

dazu Buffet, Anrichte, Auszugstisch,  
4 eichne Stühle mit Kunstleder und  
Sofa von 420 G.-M. an

**Herrenzimmer in verschiedenen Mustern**

dazu Bücherschrank, Schreibtisch, ein  
runder Tisch, 2 Stühle mit Kunstleder,  
Schreibstisch von 350 G.-M. an

**Wohnzimmer, versch. Muster n. Auswahl**

dazu Kleiderschrank, Vertiko, Schreib-  
tisch, 4 Stühle mit Holz und Sofa  
von 265 G.-M. an

**Küchen-Einrichtungen in verschied. Farben**

und Mustern, nach  
Auswahl, 7teilig, von 126 G.-M. an

**Schlafzimmer-Einrichtungen**

in verschied. Holzarten gem., wie Kirsch-  
baum, Birke, Eiche und Nussbaum, sowie  
weiß emailliert, dazu Wäscheschrank,  
zerlegbar, 2 Bettstellen mit Matratzen,  
Waschkommode mit Spiegel, 2 Nach-  
tschränke von 365 G.-M. an.

Serner verschiedene andere

kompl. Zimmer, alle einzelnen Möbel.

Große Auswahl in Polsterwaren, wie:

Außensofa und Zettel, Plüschsofa in  
allen Farben von 100 G.-M. an,  
Chaiselongues in allen Farben von  
60 G.-M. an, Großvaterstühle von  
50 G.-M. an, Schreibstühle, Lederstühle,  
Patent-Matratzen mit Auflagen in  
allen Breitenlagen, Kissenmatratzen mit  
rotem Trell von 35 G.-M. an.

Günstige Zahlungsbedingungen!

**Edmund Wilhelm**

Möbelfabrik und -Magazin, Oshab

Verkaufsstelle Riesa

Schloßstr. 2, I.

Empfehle wieder **Fahrradmäntel** von 3 M.  
meine bekannten guten **Fahrradteile** billig,  
andere **Fahrradteile** billig.  
S. Winkler, Hauptstr. 73, neben Riesaer Bank.

Meine Verlobung mit  
**Fräulein Emma Antrag**  
beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.  
**Arno Geißler.**  
Striegeln, Riesa (Stadtteil Weida)  
den 22. Januar 1924.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-  
nahme durch Wort, Schrift, Gesang und  
Spenden beim Heimzuge unseres lieben  
Vaters und Großvaters  
**Hugo Kriehn**  
hierdurch meinen herzlichsten Dank.  
Riesa, 22. 1. 24.  
Sam. Bernh. Kriehn u. Angeh.

**Empfehlung!**

Den geehrten Bewohnern von Riesa und Um-  
gegend erlaube mir bekannt zu geben, daß ich mich  
in Riesa, Reifstraße 2, als

**Heilkundiger**

für **Homöopathie, Naturheilkunde und Biochemie**  
niedergelassen habe.

Seit circa 25 Jahren arbeite ich die Heilkunde aus,  
es stehen mir deshalb große Erfahrungen zur Seite  
und habe ich bei den meisten noch heilbaren Krank-  
heiten auch gute Erfolge.

Kommen Sie zu mir zur Untersuchung und  
bringen Sie eine **Morgens-Urie**

mit und ich sage, was und wo es Ihnen fehlt und  
wie Sie durch **Homöopathie, Naturheilkunde und**  
**Biochemie** wieder gesund werden können.

**Sprechstunde** jetzt am **Donnerstag, Pflanz-  
straße 2, im Hause des Restaurants zum Dampfbad,**  
nachmittags von 1-7 Uhr.

**Paul Bohn, Heilkundiger.**

**Morgen Mittwoch 8 Uhr**  
**Hotel 4 Stern**  
Farbenprächtige **Urania-Vorführung:**  
**Wie entkanden**  
**Erde und Menschheit?**  
Karten 0.40, 0.70, 1.- u. Steuer.

**Achtung!**  
**Landwirte und Schafhalter!**

Wir kaufen **Schafwolle** zu den höchsten  
Lohnpreisen oder tauschen in gute **Garne, Woll-  
laken und Stoffe** ein. Beste Abgabequelle für grobe  
und kleine **Wollen** von Rittgeräten und **Händlern.**  
Wir bitten um Angebote.  
**Gebrüder Bopel, Riesa, Hauptstr. 58.**

**Günstiges Kaufangebot!**

Zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen verkaufe solange Vorrat:

1 Posten <b>Normal-Herrenhemden</b> mit dopp. Brust	M. 3,30	das Stück
1 " <b>Einsatzhemden</b> mit Rips	" 3,20	" "
1 " <b>Normal-Herrenhosen</b>	" 2,90	" "
1 " <b>Fatter-Herrenhosen</b>	" 3,-	" "
1 " <b>Herrenwesten</b> , grau mel.	" 4,-	" "
1 " <b>Herrensocken</b> , grau, Baumwolle, stark	" 1,55	Paar
1 " <b>Herrensocken</b> , grau, reine Wolle	" 1,20	" "
1 " <b>Frauenstrümpfe</b> , schwarz, Baumwolle	" 1,80	" "
1 " <b>Kinderwesten</b> , Wolle platt, Größe 1	" 2,35	Stück
		jede weitere Größe 40 Pfg. mehr
1 " <b>Schals</b> , reine Wolle	" 1,50	" "
1 " <b>dazu passende Mützen</b>	" 1,20	" "
1 " <b>Rodelgarnituren</b> , Steilig	" 5,50	" "

**Erwin Ehrhardt**  
Strumpf- und Wollwarenfabrik, Riesa, Pausitzer Straße 10.

**Café Promenade.**

Morgen Mittwoch abend 8 Uhr  
**großes Künstler-Konzert**  
**Lieder- und Operettenabend**  
Leitung: H. Marschner-Dresden  
**Blavier - Geige - Cello**  
Stimmungsvolles abwechslungsreiches Programm.

**Leiniger Wäsche-Lager**  
**J. Porges**  
am Technikum.

In 1a Qualitäten empfehle noch zu  
billigen Preisen:

Männerhemden	Stück	3,50 M.
Frauenhemden	"	3,00 "
Tricotshemden	"	2,60 "
Schneestücker	3	1,10 "
Blaudruck 80 cm	Meter	1,45 "
Handtücher grau	"	0,80 "
Handtücher weiß	"	0,75 "
Bettzüge bunt, Bezug mit 2 Kissen	"	11,50 "
Bettzüge weiß, Bezug mit 2 Kissen	"	8,40 "
Schlafrock	Meter	1,10 "
Bettdecke	Stück	3,90 "

**Vertreter**

für den Vertrieb von **Gummi-Abfüßen, -Sohlen** pp.  
gegen Provision gesucht. Nur fleißige bestgeeignete  
Berren wollen sich melden. Offerten unt. D V 6208  
an **Hudolf Woffe, Dresden.**

**Radio-Vertretung.**

Als Generalvertreter des  
**„Radio-Behm & Co.“**  
Hörfunk-Empfangsgeräten  
(System Telefunken)  
suchen wir für den dortigen Bezirk geeignete, durch-  
aus seriöse Herren oder Firmen zum  
**Alleinvertreter**

auf eigene Rechnung. — „Radio-Behm & Co.“ ist die  
erste deutsche Firma, die berechtigt ist, die neuesten  
und modernsten Patente der Telefunken-Gesellschaft  
Berlin zu haben. Die Vollkommenheit des Apparates  
ist daher von vornherein in jeder Hinsicht garantiert.  
Sofort lieferbar.

**„Radio-Hörfunk“ H. Schulze & Co.**  
Leipzig, Grimmelshausen Steinweg 10.  
Telefon 21 684.

Erste deutsche **Kreditversicherungs- und**  
**Garantie-Bank A.-G.** sucht für das **Garantie- und**  
**Kautionsgeschäft**

**fleißigen Spezialvertreter**

für den Bezirk **Riesa und Großenhain.** Es  
wird nur auf eine durchaus gewissenhafte,  
fleißige und repräsentable Persönlichkeit reflek-  
tiert. Ausführl. Bewerbungen unter D V 105  
an den **Invalidentank Dresden** erbeten.

**Ba. Spiegellarsen**  
empfehle Stadt **Leipzig.**

**Fleischsalat**  
das Beste, was es gibt  
in 3- und 5-Pfund-Dosen  
empfehle  
**S. Gruhle.**

**Lederfett**  
Gummifranzose, gelb, schw.  
Faschtran, Lederlack  
Rüböl für Nachlichter  
zu haben  
im Selbstgeschäft  
**P. W. Thomas & Sohn**  
Riesa, Hauptstr. 69, Tel. 212.

**Großer Preisabbau**  
bis 26. Januar.

**Fahrradmäntel**  
1a Qualität Gmf. 4,50  
2. Qualität " 3,50  
Neutral 28x1 1/2 " 3,00  
**Schläuche**  
jede Größe  
Extra prima Gmf. 1,50  
Standard " 1,25  
Reifen (Reiblich) " 3,00  
Bekle m. Gummi 3,00  
Schlauchlöse " " "  
Luftpumpen nur 1,20

**Otto Mühlbach**  
Riesa, Bismarckstraße 11  
Ecke Schloßstraße.

**Holzpanntoffeln.**  
Die Preise hierfür sind  
bedeutend herabgesetzt.  
Selbstgeschäft  
**F. W. Thomas & Sohn**  
Riesa, Hauptstr. 69, Tel. 212.

**Speisesalz**  
Ztr. M. 3.50  
bel  
**H. Gruhle.**

**2 Pa. Gold-Zigaretten**  
**Mark Fund Tabak**  
Fabriklager  
**Hofenplatz 2e.**

Die glückliche Geburt  
eines gesunden  
**Sonntagmädels**  
zeigen in dankbarer  
Freude an  
**Eurt-Geide u. Frau**  
**Erna geb. Schreder.**  
Riesa, 20. 1. 1924.

**Olga Ellriede.**  
In dankbarer Freude  
zeigen die Geburt eines  
gesunden **Mädels**  
an **Barth Grub**  
**Margarethe Grub**  
geb. Korb.  
Riesa, 22. Jan. 24.

Zurückgekehrt vom  
Grabe meiner lieben  
Frau, unserer un-  
geglückten Schwester  
und Schwägerin  
**Selma Otto**  
geb. **Grömann**  
sagen wir allen, die  
uns beim Begräbnis  
unserer teuren Ent-  
schlafenen durch zahl-  
reiche Beweise herz-  
licher Teilnahme trö-  
stend zur Seite stan-  
den, hierdurch unsern  
tiefgefühltesten Dank.  
Friede ihrer Seele!  
**Mersdorf,**  
21. Januar 1924.  
Der Schwager  
**Gatte Carl Otto**  
gleichl. i. Namen der  
übr. Dinterbliebenen.

Die heutige Nr. umfasst  
8 Seiten.

**Dr. med. Heinrich Otto Ludwig**

besonders für die reichen Kranzspenden sagen wir unsern  
**tiefgefühltesten Dank.**  
In unendlichem Weh  
**die tieftrauernde Familie.**  
Strehla, den 22. Januar 1924.

**Herren-Filzhüte**

werden tadellos umge-  
arbeitet, gereinigt und  
gefärbt nur bei

**Pflugk & Kaiser**

21 **Wettinerstraße 21**  
**Hintergebäude 21**

**Möbel, Kleidungsstücke**  
Mittwoch vorm. 10 Uhr  
zu verk. **Bismarckstr. 59.**  
**Wels- und Filzhüte** zu  
verkaufen. **Maundorf,**  
**Weida, Hauptstr. 12, 1.**

**Musik.**

Geb. Herr i. mittl. Jahren  
(Blavier) sucht **ehemalig,**  
(Geige oder Cello) zum  
gemeinsamen Musikieren.  
Berth. Str. unter 1 801a  
an das **Landblatt Riesa.**

**Zum englisch-französischen Eisenbahn-Konflikt.**

Der englische Botschafter bei Voincaré.

Paris. Lord Greve hat gestern vormittag Voincaré einen Besuch abgeleistet. Es verlautet, daß der englische Botschafter ihm tatsächlich um Rückschlüsse über die Haltung der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft, betreffend den Eisenbahnverkehr durch die Kölner Zone, gebeten habe. Von französischer Seite wird berichtet, daß die englische Presse den Zwischenfall erheblich aufbauscht und ihm zu unrecht die Bedeutung eines Konflikts beimisst. In Grunde genommen handelt es sich lediglich um eine Aussprache zwischen untergeordneten französisch-belgischen Dienststellen im Ruhrgebiet und den Vertretern der englischen Eisenbahndirektion. In diesem Sinne hat Voincaré Lord Greve Versicherungen abgegeben.

Charles Berie gegen Frankreichs Annahmen.

London. Daily News veröffentlicht einen Artikel des Generalmajors Sir Frederic Maurice aus Darmstadt, worin die Maßnahmen der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft gegen die britische Zone eine offene Kriegserklärung der Regie und eine Blockade der britischen Zone genannt werden. England habe schon sehr lange leiden müssen, aber es gebe Grenzen. Es müsse auf der Zurückziehung der fraglichen Verfügung der Regie bestehen und darauf, daß Waren, die nach dem Kölner Gebiet gehen und von dort kommen, unter allen Umständen ebenso behandelt werden wie die Waren, die von der Regie in der französisch-belgischen Zone empfangen und ausgeliefert werden. Die Maßregel sei nicht als ein Versuch, die Engländer zu zwingen, die Kölner Eisenbahnen einer Organisation auszuliefern, die keine legale Stellung habe, und deren Anerkennung die englische Regierung mit Recht abgelehnt habe; England könne nicht zulassen, daß es in dieser Weise öffentlich ins Gesicht geschlagen wird.

In einem Beistatistik bezeichnet Daily News die Blockade der britischen Rheinlandzone durch die französische Regie ebenfalls als die bisher unmittelbare und unversöhnliche Herausforderung der britischen Autorität in zentral-europäischen Angelegenheiten, die die britische Regierung auf keinen Fall dulden dürfe. Die Anwesenheit der Engländer in Köln sei die einzige noch bestehende Garantie gegen die hinterlistigen Pläne der Franzosen, das Rheinland vom Reich zu trennen und einen großen Teil Europas schließlich in Terror zu versetzen.

Auch Westminster Gazette erklärt, mit Köln in den Händen der Franzosen würde das letzte Hindernis für ein unabhängiges autonomes Rheinland verschwinden und Voincaré in der Lage sein, einen völligen Sieg seiner Politik zu behaupten, was ihm bei den vorstehenden Wahlen sehr zuhatten kommen würde.

**Clive spricht über die Separatistenbewegung in der Pfalz.**

London. Ein im Unterhause vom Unterstaatssekretär McNeill verlesenes Telegramm von Clive über die separatistische Bewegung besagt u. a.: 75 Prozent der Separatisten sind von außerhalb der Pfalz gekommen. Sie umfassen ungewisselhaft zahlreiche Vorbestrafte und Männer, die tatsächlich unerfahren sind in den Geschäften einer Regierung. Die katholische und die protestantische Kirche, die amtlichen Kreise und die Mehrheit der Bevölkerung in den großen Städten weisen den Gedanken einer Loslösung von Bayern zurück. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, obwohl gleichgültig gegenüber der Frage einer Loslösung von Bayern, hegt einer Abtrennung vom Reich feindlich gegenüber. In bestimmten Klassen der Bevölkerung, namentlich unter den Bauern und unter den sozialistischen Arbeitern, besteht Neigung für die Schaffung eines rheinischen Staats unter Einfluß der Pfalz, der politisch unabhängig, aber wirtschaftlich mit dem Reich verbunden sein soll. Dieser Teil der Bevölkerung fürchtet eine militärische Politik von Berlin und von München. Die Loyalitäts-erklärung ist in allen Teilen zurückgewiesen worden; die in einer Menge von Fällen unter Drohungen erlangten Unterscheidungen können die Annahme nicht rechtfertigen, das die Mehrheit der Bauern der autonomen Regierung günstig sei.

**Der Streit in der oberpfälzischen Eisenindustrie beendet.**

Deutsch. Nach Mitteilung von gewerkschaftlicher Seite ist der Streit in der oberpfälzischen Eisenindustrie beendet. Die Arbeit wird in allen Betrieben zu den Bedingungen der Arbeitsverträge heute voll aufgenommen.

**Der Streit im rheinischen Braunkohlenrevier.**

Köln. Die schon für Samstag befürchtete weitere Ausdehnung des Streiks im rheinischen Braunkohlenrevier ist gestern eingetreten. Nur auf den Gruben „Donatus und Maria Glad“ wird noch gearbeitet. Auf den anderen ruht der Betrieb und auch die Kohlenarbeiten werden verweigert. In Essen verweigern die Betriebsbeamten mit Hilfe von Arbeitswilligen diese auszuführen. Das Kraftwerk „Fortuna“, das Köln mit Licht und Kraft versorgt, wird von den Betriebsbeamten und den von der britischen Besatzungsbehörde rekrutierten Arbeitern in Betrieb gehalten.

**Der Personalabbau bei der Reichsbahn.**

Im Sparauschuß des Reichstages berichtete gestern das Reichsverkehrsministerium, daß bis zum 1. April 1924 der Personalbestand der Reichsbahn, der am 1. Oktober 1923 rund eine Million Beamte, Angestellte und Arbeiter umfaßte, um mindestens 20 Prozent vermindert sein werde. Den im französischen Einbruchgebiet inaktivierten Eisenbahnbediensteten, die gekündigt sind, wird der volle Lohn noch einschließlich des Monats gezahlt, der auf den Monat der Kündigungsfrist folgt. Der Sparauschuß sollte nach diesem Bericht einstimmig den Beschluß, daß die inaktivierten ausgesprochenen Kündigungen förmlich zurückgenommen werden mögen. Die ausgewiesenen Eisenbahner sind vom Abbau bisher gänzlich verschont worden.

Der Sparauschuß des Reichstages ersuchte im Verlaufe der Sitzung das Reichsverkehrsministerium, die vom Abbau betroffenen und noch zu entlassenden über 60 Jahre alten Beamten, die aus dem Eisenbahnarbeitsverhältnis hervorgegangen sind und eine langjährige Gesamtdienstzeit bei der Eisenbahnverwaltung zurückgelegt haben, auch beim Abbau gefahrlos zu gewähren, wenn sie als Beamte noch keine ruhegeldberechtigten Dienstzeit von 10 Jahren erfüllt haben. Die Regierung hat zugestimmt, im Sinne des obigen Antrages zu verfahren.

**Drohender Streit in Wien.**

Wien. In Oesterreich drohen wieder neue Lohnkämpfe. Sowohl von den Bundesangehörigen als auch seitens der Industriearbeiter und der Metallarbeiter, deren Kollektivvereinbarungen von den Unternehmern gekündigt wurden, werden die von den Unternehmern vorgeschlagenen Lohnsenkungen nicht anerkannt.

**Eisenbahnunfall in Darmstadt.**

Darmstadt. Gestern vormittag ereignete sich im Hauptbahnhof kurz vor der Einfahrt ein Eisenbahnunfall. Ein von Mainz kommender Regierersonenzug fuhr auf eine schwere Lokomotive des Kischaffener Juges auf, die auf einem Nebengleis hielt. Durch den Anprall wurde die eine Maschine aus dem Gleis geworfen und die andere sehr schwer beschädigt. Drei Personen wurden schwer und 14 leicht verletzt. Die Schwerverletzten sind Arbeiter, die auf dem ersten Wagen hinter der Lokomotive auf der Plattform standen und zum Teil erst mit autogenen Schweißapparaten aus den Eisenstrümmern herausgeschitten werden konnten. Das Unglück wurde dadurch so schwer, weil die französischen Regiezüge nicht wie alle deutschen Züge hinter der Lokomotive einen leeren Schutzwagen haben. Das Unglück dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Beamte des Stellwerkes nicht erkannt hat, daß die Kischaffener Lokomotive um 1-2 Meter zu weit gefahren war und mit einem Puffer in das Hauptgleis hineintrug.

**Die deutschen Kurgäste in der Schweiz.**

Die Ausführungen des Reichsbaurechners Dr. Stresemann gegen deutsche Praxer im Ausland haben die Kurdirektion von St. Moritz veranlaßt, in einer Depesche an den deutschen Reichsminister die deutschen Kurgäste des Engadins und das Ostelggewerbe dieses Gebietes gegen Formwörter im Schutz zu nehmen. In der Depesche wird festgestellt, daß der Prozentsatz der deutschen Kurgäste im Engadin gegenwärtig nicht 70 Prozent, sondern nur etwa 22 Prozent betrage, gegenüber mehr als 50 Prozent vor dem Kriege. Die Reichsdeutschen kämen in diesen Tagen hauptsächlich deshalb nach dem Engadin, weil dort gute Verpflegung billiger als anderswo genossen werden könne. Von Auschwefluenen könne nicht gesprochen werden. Das Engadiner Ostelggewerbe, das nach schuldhaftem Darniederliegen seine deutschen Freunde freudig wiederbegrüßte, würde die Durchführung des angebotenen Vorgehens geradezu als einen unfreundlichen und schädigenden Akt empfinden.

**Vor einer neuen Regierungskrise in Japan.**

London. Der Sonderberichterstatter des Daily Telegraph in Tokio berichtet, daß das letzte Erbsehen die öffentliche Meinung Japans sehr erschüttert habe. In der Hauptstadt kritisiert man lebhaft die Regierung, der man vorwirft, daß sie im Hinblick auf den Wiederaufbau nicht den Ratsschlüssen verschiedener Privatfirmen gefolgt sei. Die Spaltung in der Partei Sei Yu Awa, die in der Kammer die Mehrheit besitzt, legt jetzt noch die Verwirrung im Lande. Vor der Verberatung des Finanzhaushalts wird wohl kaum ein neuer Versuch zum Sturz der Regierung Akira unternommen werden, doch ist mit einem solchen nach der Verberatung zu rechnen.

**Die Zukunft der russischen Wirtschaftspolitik.**

Die in diesen Tagen in Moskau stattfindende kommunistische Parteikonferenz wird sich sowohl mit den politischen Angelegenheiten, die sich in jüngerer Zeit innerhalb der Partei zu offener Reife entwickelt haben, als auch mit den Fragen der Wirtschaftspolitik befassen. Die russische Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft weiter bewegen soll. Auch die sogenannte „neue Wirtschaftspolitik“ hat die Verlegung des russischen Wirtschaftslebens nicht ausfallen können. Die landwirtschaftlichen Kräfte werden für die Exportwaren, die sie zur Verfügung stellen, vorwiegend für das Getreide, völlig unzulänglich im Hinblick auf die Preise der Industrieprodukte, die sie in der Landwirtschaft benötigen, bezahlt. Es ist deshalb schon verschiedentlich der Wunsch ausgesprochen, den Getreideexport für den privaten Handel freizugeben und dafür Industrieprodukte, die im Auslande billiger sind, selbst auf die Gefahr eines vorübergehenden Zusammenbruchs der an sich kaum lebensfähigen inländischen Industrie hin, einzuführen. Die maßgebenden Sowjetkreise sind jedoch anscheinend nicht geneigt, solchen Forderungen nachzugeben. Sie beabsichtigen im Gegenteil den Getreideexport des Staates noch weiter auszubauen, ja sogar den Getreidehandel auf dem Innenmarkt wieder völlig zu verstaatlichen. Die Bildung gemischter Gesellschaften unter Beteiligung ausländischen Kapitals soll trotz der bisher nicht gerade glücklichen Erfahrungen gefördert werden. Man glaubt, auf diese Weise eine aktive Handelsbilanz zu ermöglichen. Auf dem Gebiete der Finanzpolitik will man unter Einföhrung der Papiergeldemission völlig zu wertbeständigem Gelde übergehen. Danach sollen auch die Naturalabgaben durch Steuern in wertbeständigem Gelde ersetzt werden. Eine Steigerung der Produktion in der Industrie will man durch entsprechende Herabsetzung der Reallohne herbeiführen.

**Tagesgeschichte.**

Die dritte Steuernotverordnung vor dem Reichskabinett. Der Entwurf der dritten Steuernotverordnung ist dem Reichskabinett zugegangen, das sich voraussichtlich heute Dienstag mit ihm beschäftigen wird.

Die Metallarbeiter in Elberfeld und Barmen in Aufstand. In der Metallindustrie liegen die am Sonntag stattgefundenen Verhandlungen ergebnislos. Darumhin sind die Metallarbeiter gestern in den Ausstand getreten. Der Streik erstreckt sich auf die Städte Barmen, Elberfeld und Vohwinkel. An dem Ausstand sind rund 15 000 Arbeiter beteiligt. Falls am nächsten Mittwoch ein Einigungsbruch gefaßt werden sollte, wird sich dieser auch auf die Metallindustrie erstrecken.

Zeitungsstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Das gesamte technische Personal der Zeitungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist wegen der beabsichtigten Einführung der 53 Stundenwoche in den Ausstand getreten. Es erscheinen nur einige Zeitungen. Die Ausgabe einer Notzeitung ist geplant.

Die Verhaftung des Dr. Grandel. Der in Augsburg verhaftete Helfershelfer des in Verbindung mit dem Attentat auf General von Seeck verhafteten Thormann ist gestern früh in Berlin eingetroffen und einem Verhör unterzogen worden. Soment bisher festhält, ist Dr. Grandel im allgemeinen geständig, an dem Attentatsplan gegen den Oberbefehlshaber beteiligt zu sein.

Dastbefehl gegen einen national-sozialistischen Redakteur. Das polizeiliche Bahndienstleitert bringt einen Dastbefehl gegen den früheren Schriftleiter der Amberger Vereinszeitung der national-sozialistischen Arbeiterpartei Kings, wegen Beleidigung des Generalkommissars v. Rahe.

Einberufung des auswärtigen Ausschusses. Nachdem der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion die Einberufung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages verlangt hat, wird dieser, wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, wahrscheinlich in der nächsten Woche zusammenzutreten.

Der Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei, dessen Berliner Tagung gestern abend zu Ende ging, hat eine Reihe von Beschlüssen angenommen, in denen der Reichstagsfraktion das Vertrauen

ausgesprochen wird und im Hinblick auf die Infolge des eingetretenen weitgehenden Stillstandes in der Wirtschaft bedingte Arbeitslosigkeit durchgreifende Maßnahmen der Regierung gefordert werden. Eine weitere Resolution fordert die Bildung einer drei- bis fünfgliedrigen Kommission für außerpolitische Angelegenheiten. Schließlich spricht der Ausschuß die Erwartung aus, daß mit Rücksicht auf die bedrückte Lage des Reichs kein Mitglied des Zentrums einen Antrag auf Postabstimmung nach Paragraph 18 der Reichsverfassung in irgendeinem Landesteil unterbringt.

Generalkonsul Clive in London eingetroffen. Der englische Generalkonsul in Bayern Clive ist gestern abend in London eingetroffen und hat sich sofort zur Berichterstattung ins Foreign Office begeben.

Bahrens Protest gegen die Goldmieten. Am Sonntag fand eine große Versammlung statt, die vom Mietergüterverband einberufen war zum Protest gegen die angeblich vom 1. 4. ab geplante Einführung der vollen Goldmieten. Es wurde eine Protestentscheidung angenommen, welche die Beseitigung des Reichsmietengesetzes fordert und die bayerische Mietergesellschaft zu einem Volksbeschlusse begibt. Volksentscheid auffordert.

Die Landwirtschaft verhandelt mit dem Finanzminister. Im Reichsfinanzministerium fanden gestern Verhandlungen mit den großen landwirtschaftlichen Organisationen statt. Es handelte sich jedoch hierbei nicht um die jüngsten Steuernotverordnungen, sondern um die Fragen der Interpretation älterer Steuererlasse, insbesondere um die Festlegung des Werbebeitragswertes.

Amerikanische Deutschlandhilfe. Der Appell des päpstlichen Delegaten in Washington um Spenden für die Bekämpfung der notleidenden Deutschen ist in allen römisch-katholischen Kirchen der Vereinigten Staaten gelesen worden. In den Kirchen New Yorks schloß sich dem Appell des päpstlichen Delegaten ein solcher des Erzbischofs Duesen an.

Dr. Born Präsident der Reichsbahndirektion Breslau. Mit der Wahlnahme der Geschäfte des Präsidenten der Reichsbahndirektion Breslau wurde vom 1. Februar ds. Js. ab der Ministerialrat, Geh. Regierungsrat Dr. Born im Reichsverkehrsministerium zu Berlin beauftragt.

Gefährliches Anwachsen der Tollwutfälle in Berlin. In den letzten zwei Wochen ist in Berlin eine erschreckende Zunahme der Tollwutfälle zu verzeichnen. Während in den Jahren 1911 bis 1915 aus dem ganzen Reich jährlich im Durchschnitt 165 wutverdächtige Hunde eingeschleppt wurden, von denen 67 tatsächlich krank waren, sind es im Jahre 1923 nicht weniger als 164 Hunde gewesen, von denen 55 Prozent als verurteilt erkannt wurden. Im vergangenen Jahre waren 1573 Menschen wegen Tollwut in Behandlung gegen 169 im Durchschnitt der Jahre von 1911 bis 1915. In den letzten 14 Tagen wurden in Berlin 128 tollwütige Hunde eingeschleppt, von denen nicht weniger als 75 Prozent tatsächlich tollwütig waren. Das Anwachsen der Seuche wird durch zurückgeführte, daß der nötige Schutz gegen die Einschleppung aus dem polnischen Gebiete fehlt.

**Vierte sächsische Landwirtschaftliche Woche.**

Dresden. Die Vierte sächsische Landwirtschaftliche Woche, die vom 21. bis 25. Januar hier abgehalten wird, wurde am Montag vormittag durch den Vorsitzenden des Landeslandwirtschaftlichen Vereins, Landrat Dr. v. Dauter, eröffnet. Redner wies auf die drohenden Gefahren der nächsten Zukunft für die deutsche Landwirtschaft hin. Es habe den Anschein, als ob die deutsche Landwirtschaft einer neuen Kaprixtzeit entgegen steuere. Insbesondere seien es die durch das Ermächtigungsgesetz geschaffenen Steuern, die die Landwirtschaft dem Ruin entgegenführten, darüber hinaus aber auch die ungeheuren Felddiebstähle des letzten Herbstes und die jetzt für die Landwirtschaft hereinbrechende schlechte Konjunktur. — Im Anschluß daran hielt Professor Dr. Müller-Penharth-Kreisig einen Vortrag über das Thema: „Der Mensch in der Landwirtschaft“. Dann sprach Rittergutsbesitzer Bogesang-Obersbach über Beiträge zur Ausdehnung des Gebietes der Tierzucht. Nach dem Gesange des Deutschlandliedes wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die sächsische Landwirtschaft sieht der Zukunft mit größter Besorgnis entgegen. Sie hat es reich als ihre Pflicht angesehen, dem Boden so viel als möglich abzurufen, sie hat kein Opfer gescheut, die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Tatsächlich sind auch ihre Bemühungen nicht ohne Erfolg geblieben und die Erträge sind erfreulicherweise gestiegen. Diese Aufwärtsentwicklung kommt zum Stillstand, ja droht in das Gegenteil umzuschlagen, durch die ungeheuren Steuerlasten in Verbindung mit der anhaltenden Senkung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Landwirtschaft befindet sich in einer verzweifeltsten Lage. Zahlreiche Betriebe gehen dem sicheren wirtschaftlichen Ruin entgegen. Die zur vierten Landwirtschaftlichen Woche versammelten Landwirte erheben entschiedenen Einspruch gegen eine derartige Erdrückung der Landwirtschaft. Sie fordern eine wirkliche Herabsetzung der Reichssteuern, namentlich der Verbrauchssteuern. Besonders drückend sind die sächsischen Steuern. Die Landwirtschaft verlangt deshalb von der sächsischen Regierung eine Herabminderung der Grund- und Gewerbesteuer, vor allem auch der Jagdsteuer auf ein erträgliches Maß. Soll die Landwirtschaft in Zukunft ihren Pflichten nachkommen können, so ist sofortige Abhilfe dringend nötig, sie muß sonst alle Folgen, die daraus entstehen, ablehnen.“

Im Anschluß daran fand die öffentliche Hauptversammlung des Landesverbandes Sachsen für ländliche Volkshilfe und Heimatpflege statt, die vom Geh. Ministerialrat Dr. v. Salla geleitet wurde und in der Oberlehrer Heißig-Boguen einen Vortrag über Heimatpflege und ländliche Volkshilfe hielt.

**Ausstellung für Pflanzenschutz.**

In Verbindung mit der Landwirtschaftlichen Woche hat die Hauptstelle für Pflanzenschutz für den Freistaat Sachsen, die der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden angegliedert ist, eine Ausstellung für Pflanzenschutz vorbereitet, die die Kenntnis der wichtigsten Schädlinge und Krankheiten unserer heimischen Kulturgewächse vermitteln soll. An etwa 200 Präparaten werden die Krankheitserscheinungen, ihre Erreger und ihre Bekämpfungsmöglichkeiten gezeigt. Wir leben u. a. die Getreidekrankheiten, Brand und Traubennur. Den Erfolg des Weizens von Saatgut zur Bekämpfung der Krankheiten und zur Beschleunigung des Wachstums führt ein Demonstrationsbeispiel vor Augen. Weiter sind dargestellt die typischen Krankheiten der Kartoffel (Krebs), der Futterpflanzen und der Gemüse. Verschiedene Biologen geben uns Kenntnis von den Entwicklungsstadien der Schädlinge. Daneben stehen die Mittel, mit denen sie bekämpft werden (Gifte, Fallen). Graphische Bilder zeigen die Verbreitung der einzelnen Krankheiten, weitere Tafeln geben über die Tätigkeit der Hauptstelle für Pflanzenschutz und ihrer Auskunfts-, Beobachtungs- und Reisebüros Auskunft. Die Ausstellung, deren Besuch frei und sehr zu empfehlen ist, befindet sich im roten Zimmer des Rathauses.



Wir führen Wissen.

### Die Reichstagswahlreform.

Im Reichstagswahlverfahren des Innern wird gegenwärtig an einer Reform des Reichstagswahlverfahrens gearbeitet, die schon für die in diesem Jahre stattfindenden Neuwahlen im Reichstage gelten soll. Die Vorarbeiten haben vor ihrem Abschluß und der Einwirkung der dem Reichstagsabgeordneten zugehen. In erster Linie ist, wie wir erfahren, an eine Verminderung der Zahl der Reichstagsabgeordneten gedacht. Jetzt zählt der Reichstag 450 Abgeordnete. In der Vorfraktion waren es 507, die Zahl von 348 Abgeordneten würde der alten Stärke der Volksvertretung entsprechen nach Abzug des beim Friedensschluß verlorenen Reichsgebietes. Der Verminderung der Zahl der Mandate muß eine Erhöhung der Wählerzahl entsprechen, die auf jeden Abgeordneten entfällt. Bisher kamen auf jeden Abgeordneten 60 000 Wahlberechtigte. Wie es heißt, sollen künftig nur die 50 000 Wahlberechtigten als gewählt gelten, die mindestens 1000 Stimmen auf sich vereinigt haben. Die Wahlreform soll sich weiter in der Richtung bewegen, daß wieder eine engere Fühlung zwischen Wählern und Kandidaten hergestellt wird. Die Kandidaten hätten dann, wie in der Vorfraktion, in kleinen Wahlkreisen um das Vertrauen der Wähler zu erwerben und die verkleinerten Wahlkreise würden zu größeren Wahlkreisverbänden zusammengelöst werden, damit im Sinne des Verhältniswahlsystems eine Ausnutzung der für jede Partei abgabenden Stimmen möglich ist. Durch eine Beschränkung der Reichstagsmandate und durch andere Neuerungen soll erreicht werden, daß die Bestimmung der Kandidaten nicht weiter das Monopol der höchsten Parteiführer bleibt, sondern daß die Wähler im Lande daran einen größeren Einfluß ausüben können. — Wie weit diese im Reichsinnenministerium erörterten Projekte sich zu einer Vorlage verdichten können, wird von der Stellungnahme des Gesamtkabinetts und der Parteien abhängen.

### Vom Zustand in Mexiko.

Neu York. Nach hier vorliegenden Meldungen hat Cuernavaca, das Eigentum der mexikanischen Petroleumgesellschaften in Taximico zu vernichten, wenn nicht 400 000 Dollar Steuern an die Aufständischen gezahlt würden. Das Washingtoner Staatsdepartement hat den Vertretern der Gesellschaft geraten, durch Bewilligung der Forderung ihr Eigentum zu schützen, sobald die Aufständischen durch eine Beschlagnahme zu erkennen gäben, daß sie ihren Plan ausführen wollten.

### Vermischtes.

Wandauffklärung nach drei Jahren. Ein Raubmord an einem Gutskäufer ist allem Anschein nach jetzt aufgeklärt. Er liegt schon drei Jahre zurück und erregte damals in Verbindung mit anderen Verbrechen dieser Art großes Aufsehen. Ein Landwirt Gröschke aus Lübben, ein ehemaliger Offizier, suchte im Februar 1921 durch eine Zeitungsanzeige ein ländliches Anwesen in der Nähe einer Stadt zu kaufen. Am 27. Februar erhielt er von einem angeblichen Wirt Lehmann einen Brief, der ihm sein Anwesen in der Nähe von Müggendorf bei Jossen unter günstigen Bedingungen anbot. Gröschke traf sich mit „Lehmann“ zu einer Besprechung in einem Hotel am Anhalter Bahnhof. Dieser erzählte ihm, er wolle verkaufen, da er schleunigst Geld brauche, um seine Frau zu suchen, die mit einem anderen Manne geflohen sei. Nach schriftlicher Benachrichtigung „Lehmanns“, der die Korrespondenz postlagernd auf dem Postamt 16 in der Köpenicker Straße, auf dem er auch seinen Brief mit dem Angebot aufgegeben hatte, erhielt, fuhr Gröschke am 1. März morgens nach Berlin ab. Nach kurzem Aufenthalt in Herzdorf bei Briesen traf er sich mit dem Verkäufer vor dem Anhalter Bahnhof, und beide fuhren noch am selben Nachmittag nach Reuhof bei Jossen. Seitdem war Gröschke verschwunden, bis er zwischen Reuhof und Müggendorf etwas abseits vom Wege unter einem Reifsigbaum ermordet und beraubt niedergefunden wurde. Der Mörder hatte ihm hinterlässt mit einem silberfarbenen Werkzeug mehrere tödliche Stiche gebracht und die goldene Uhr mit Kette, die Brieftasche und

### Auf Hesselbörde.

Roman von Fritz Gantner.

16. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ach ja! ... Aber ich habe keine.“ Wie in Verwunderung über sich selbst tat er einen Schritt rückwärts und wußte im Augenblick nicht, was er tun sollte. Ebe er in seiner Verwirrung zu einem Entschluß kam, sah er sich Renate schon gegenüber. Sie stuchte, als suchte sie in ihrer Erinnerung, fand sich dann plötzlich zurecht und lächelte freudig.

„Herr von Brandt? ... Sie selbst? Und meinetwegen, wenn ich das annehmen darf? ...“

Er gab sich einen Ruck. Was mußte sie von ihm denken, daß er fast in der Art eines schüchternen jungen Mannes, der sein erstes Studienjahr absolviert, vor ihr stand. In natürlicher Herzlichkeit streckte er ihr die Hand hin.

„Willkommen, gnädiges Fräulein! Natürlich Ihre wegen und in höchst angenehmer Person.“ Dann redete er etwas vom „gerade noch zur rechten Zeit gekommen sein“ und von „Besorgnissen, die er gehegt“. Und alles kam in einer glücklichen Erregung, in sprudelnder Hast über seine Lippen.

Eine heiße Röte brannte auf seiner Stirn. Sie gingen währenddessen durch das Stationsgebäude, in gemächlicher, vertraulich berührender Art, wie längst sich näher gekommene Menschen. Ein Unerwartetes mochte wohl gar den Eindruck haben, daß ein Geschwisterpaar oder junge Umpelute, von einer Reise zurückgekehrt, im Begriff standen, den vor der Tür wartenden Wagen zur Heimfahrt zu benutzen.

Und sie selbst hatten das Gefühl, sich seit langem zu kennen. Ein gewisser Strom warmer Zuneigung floß hinüber und herüber.

Sie kamen, eigentlich ohne diese Worte, mehr in stiller gegenseitiger Zustimmung, darin überein, beide auf dem Vordersteig des Wagens Platz zu nehmen. Ein wunderliches Gefühl heißer Bewirtung zuckte durch Joachims Blut, als er Renates Hand in der seinen fühlte, um ihr beim Aufsteigen behilflich zu sein. ... Verträglich schwang er sich hinauf und strich den Säulen die Peitsche über das blante Fell, daß sie leicht aufbaumten und scharf anzogen. Mit großen verwunderten Augen sah der junge Nichtstauer hinter dem rasch davonrollenden Gefährt her. ... Wirklich einen Jahnmarkscheln? Hatte ihm der Herr eben tatsächlich diesen Schein in die Hand gelegt? Scheu öffnete er sie ein wenig und sah gierig durch den schmalen Spalt. ... Wahrhaftig! ... Teufel! Ja, der Mann muß viel Geld haben, daß er ihn für den geringen Dienst so fürsächlich entlohnte. Das war doch nobel. ... Oder war der ... Herr ... hm, ja ... n. ... die ... verrückt? Joachim von Brandt hätte ihm vielleicht die heimliche Frage gar so sehr übel nicht genommen, wenn er darum gewußt. ...

... gerührt, um 2. März mittags erhielt Frau Gröschke ein Telegramm: „Gut Müggendorf gekauft, bitte Lehmann 10 000 Mark Anzahlung auszusahlen. Gröschke W. Gr.“ Vier Stunden später erhielten bei ihr der angebliche Lehmann, um das Geld abzuholen. Er übernahm die Hotel zur Eisenbahn in Lübben, erhob am nächsten Tage dort auf der hiesigen Bank das Geld und verschwand. Das Telegramm hatte der Mörder aufgegeben. Eine Verfolgung der Handlungen der Verbrechen, durch die nach den Ermittlungen des Kriminalkommissars Trettin damals auch andere Gutskäufer in die Falle gelockt werden sollten, ergaben, daß man es in allen diesen Fällen mit dem gleichen Verbrecher zu tun hatte. In einem dieser Angebote hatte sich der Verkäufer „Hans Berg“ genannt. Die Berliner Kriminalpolizei hatte auch die auswärtigen Behörden mit ausführlichen Nachrichten über das Verbrechen versehen. Auf Grund dieser Nachrichten wurde jetzt in Frankfurt am Main ein Mann verhaftet, der sich für einen am 8. April 1887 in Waidhof geborenen Stallweiser Hans Berg ausgab. Er wurde festgehalten als ein Schweizer Paul Bell, der am 17. Juni 1880 in Schwerin geboren ist. Seine Handschrift stimmt mit der der erwähnten Briefe und Angebote überein.

Wägung des Nachlasses in Berlin. Gegenüber im In- und Auslande verbreiteten Gerüchten über Luxus und Schlemmeret in den Berliner Salons ist es, wie der Amalthea Preussische Pressedienst schreibt, von Wichtigkeit, festzustellen, daß in den letzten Monaten der Aufschwung in den Gaststätten in einem derartigen Maße zurückgegangen ist, daß jetzt von Schlemmeret nicht mehr die Rede sein kann. Am besten wird dies illustriert durch die zurzeit bestehende riesenhafte Arbeitslosigkeit im Gastwirtsberuf. In der Zeit vom 1. April 1922 bis zum 1. April 1923 waren in Berlin durchschnittlich 25—28 000 Arbeitnehmer im Gastwirtsberuf beschäftigt, die heute auf etwa 18 000 zurückgesunken sind. Auch der Konsum in den Gaststätten ist überaus stark zurückgegangen. Die Brauereien sehen zurzeit noch nicht die Hälfte der Biermengen ab, wie im November vorigen Jahres; und der Weinverbrauch ist noch in weit höherem Maße zurückgegangen. Von diesem Rückgang sind alle Zweige des Gastwirtsberufes betroffen. Namhafte Hotels mußten geschlossen werden, große Bierrestaurants sind wegen schlechten Geschäftsganges eingegangen. Die vor etwa 1—3 Jahren stark vermehrten Wirtschaften gehen jetzt zum großen Teil wieder ein oder stellen sich in Restaurants oder Cafés um. Dabei mag bemerkt werden, daß das Abwandern der Gäste in Cafés, in denen man nicht zu essen und nur Getränke von geringerem Geldwert zu sich zu nehmen pflegt, ebenfalls eine Folgeerscheinung der allgemeinen Armut ist. Kurz — der Niedergang des Gastwirtsberufes spiegelt die allgemeine Verarmung wider, in der sich der weitaus größte Teil des deutschen Volkes befindet. Als ausgeprägte Luxuslokale kommen in Berlin, außer den großen internationalen Hotels, nur ganz wenige in Frage. Auch in diesen Salons herrsche, gerade in der letzten Zeit, ädhnende Dürre.

## In jedem Hause

muß das Rieser Tageblatt regelmäßig gelesen werden.

Bestellungen zum Besuche durch die Post oder durch Zeitungsboten nimmt täglich zur Vermittlung die Tagesblatt-Geschäftsstelle, Riesa, Poststraße 59, entgegen.

### Vollwirtschaftliches.

Gewerbesteuer Arbeitsgeberabgabe. Mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab wird von den Gewerbesteuer unterliegenden Gewerben als besonderer Bestandteil der Gewerbesteuer eine Abgabe in Höhe der Hälfte des Betrages erhoben, den der Arbeitgeber vom Arbeitslohn der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer nach Paragraph 46 des Einkommensteuergesetzes einzuhalten und an das Reich abzuliefern hat. Ein Befehl über die Abgabe wird nicht erteilt. Das Berufungsverfahren ist ausgeschlossen. Die Arbeitgeber haben bis zum 25. Januar der Betriebsgemeinde (nicht dem Finanzamt) Nachweisungen der nach dem Stande vom 2. Januar im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer einzureichen. Die Nachweisungen sind nach Wohnorten der Arbeitnehmer getrennt aufzustellen und müssen Namen, Vornamen, Stand und Wohnung der Arbeitnehmer enthalten. Aufzunehmen sind auch solche Arbeitnehmer, die am Stichtage keinen Lohn bezogen haben. Die Abgabe ist jeweils am 5., 15. und 25. eines Kalendermonats zu bezahlen, und zwar 1. am 5. eines jeden Kalendermonats die Hälfte der Beiträge, die von Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis zum Schluß des Vormonats, 2. am 15. eines jeden Kalendermonats die Hälfte der Beiträge, die von Lohnzahlungen in der Zeit vom 1.—10. dieses Kalendermonats, 3. am 25. eines jeden Kalendermonats die Hälfte der Beiträge, die von Lohnzahlungen in der Zeit vom 11.—20. dieses Kalendermonats einbehalten worden sind. Der Abgabe unterliegt auch die Hälfte derjenigen Beträge, die vor dem 1. Januar 1924 im Marken- oder Ueberweisungsverfahren vom Arbeitslohn einbehalten und bis zum 31. Dezember 1923 nicht an das Reich abgeliefert worden sind. Bei der Entrichtung der Abgabe sind Nachweisungen über die Höhe der nach Paragraph 46 des Einkommensteuergesetzes an das Reich abzuführenden Beträge einzureichen.

Altersrentenkant. Seit dem 1. Januar 1924 können bei der staatlichen Altersrentenkasse in Dresden Altstadt 1, Antonplatz 1, wertbeständige, auf Goldmark lautende Versicherungen von Rentn abgefordert werden und zwar sowohl mit Kapitalverzicht als auch unter Kapitalvorbehalt. Der Rentenlauf beginnt entweder sofort oder ab einem vom Versicherungsnehmer bestimmten späteren Zeitpunkt, der jederzeit geändert werden kann. In der Regel endet der Rentenlauf mit dem Tode des Versicherten (Altersrenten), es kann auch ein früherer Zeitpunkt für den Ablauf der Renten ausbedungen werden (Zeitrenten). Altersrenten können für mehrere Personen, insbesondere Eheleute, dergestalt erworben werden, daß die Rente bis zum Tode des zuletzt sterbenden Versicherten läuft. Der Mindestbetrag einer jährlichen Rente ist auf 40 Goldmark festgesetzt worden. Die erste Einzahlung muß mindestens 3 Goldmark, jede weitere Einzahlung wenigstens 1 Goldmark betragen.

Berliner Vorbörse am Montag. Aus New York wird ein unveränderter Kurs von 23,4—24 gemeldet, was einer Durchschnittsparität von 4,2 für den Dollar entspricht. In London konnte die Mark mit einem Kurs von 18,5 für das Pfund eine große Befestigung erzielen. Vom internationalen Salutamarkt ist noch das besonders starke Fallen der dänischen Krone im Verhältnis zum englischen Pfund hervorzuheben. Dagegen erfuhr die französische Saluta nach dem letzten großen Sturz am Freitag und Sonnabend keine nennenswerte Veränderung. — Die Stimmung am Effektenmarkt bleibt lustlos. Das Publikum wahrt teilweise aus Gerichten des Geldeenganges eine starke Zurückhaltung. Die Verschärfung des Kreditmanagements und die Spekulation von der Anbahnung neuer Engagements in größerem Umfang abzusehen.

Kosten des Nahrungsmittelkaufwandes. Der Wirtschaftsstatistiker Richard Galmer berechnet die wöchentlichen Kosten des Nahrungsmittelkaufwandes für eine vierköpfige Familie (Mutter und zwei Kinder) nach dem Stande der Lebensmittelpreise vom 19. Januar 1924 auf 33,21 Billionen Mark gegen 41,85 Billionen Mark in der vorangegangenen Woche.

Das Schmerzlichste in ihrer Stimme griff ihm ans Herz. „Vergelien Sie meine Frage, Fräulein von Groening.“ hat er. Das konventionelle „Gnädiges Fräulein“ wollte ihm nicht über die Lippen. Am liebsten hätte er schlichtweg und herzlich „Renate“ gesagt.

„Ich weiß schon durch Fräulein Burmann, daß das Schicksal Ihnen die Eltern früh nahm und Ihnen damit auch die Heimat raubte. Da hätte ich nicht so direkt fragen sollen.“ „O, es war auch nicht direkt. Jemandem muß doch jeder Mensch schließlich zu Hause sein, wenn dieses „Zu Hause“ auch nicht im tiefsten, ureigensten Sinne auszuweisen ist... Und ich will nicht unantbar sein: Herrn Burmanns Haus ist mir fast zu einer zweiten Heimat geworden, wenigstens es mich im Grunde genommen mehr in Abhängigkeit sieht.“

Sie kamen naturgemäß auf Ebnitz zu sprechen. „Ich wußte vorher, daß Sie mich bald wieder haben wollen“, sagte Renate. „Das Telegramm kam gar nicht überraschend für mich.“

„Fräulein Burmann ist sehr liebend. Ihr Zustand wirkt mitunter bedrückend... Lieberigens“ — er lächelte Renate an — „habe ich Sie, Fräulein von Groening, bis vorgestern für die Tochter Herrn Burmanns betrachtet. Erst als ich Fräulein Burmann kennen lernte, wurde mir mein Irrtum klar.“

Sie verstand nicht und sah ihn fragend, verwirrt an. Nun klärte er sie mit hastigem Erzählen auf. Sie fand die Verwechslung amüsant.

Er meinte, daß er das nicht sagen könne. Er habe ganz anders gedacht, als er zur Erkenntnis seines Irrtums gekommen sei.

„Lieberigens habe ich zu Fräulein Burmann von diesem Mißverständnis noch nicht gesprochen...“ Etwas wie Verlegenheit rang aus seiner Stimme.

Eine kleine Röte stieg in Renates Gesicht. Seine letzte Bemerkung verriet ihr, daß er enttäuscht gewesen sein mußte. Er hatte sie, Renate, also zu sehr geliebt... und... Sie brach ihre Gedanken in dieser Richtung ab und zwang sich zu einem scherzenden Wort, um das selbe ausfallende Empfinden, das eine glückliche Bewirtung in ihr erregte, überwinden zu können, und sagte:

„Nun haben Sie uns ja... hier, Herr von Brandt, und ein neuer Irrtum ist nicht mehr möglich. Hoffentlich bringen wir Ihnen nicht zu viel Unruhe ins Haus.“

„O nein,“ lächelte er verloren in die Ferne, „etwas ganz anderes...“ Dann erwachte der Schlaf in ihm. „Wissen Sie was?“ fragte er übermütig.

Sie verneinte lächelnd.

„Geld,“ sagte er mit drittem Wohlbedagen in der Stimme. — „Herr Burmann muß nun doppelte Pension bezahlen. Und ich werde ihm keine kleine Rechnung schreiben. Man muß junge Damen mit der nötigen Verschönerung behandeln. Und wenn ich das Geschäft lohnt, erlöse ich unter Geltung meiner Tante in Hesselbörde ein Pensionat.“